

**PES**

SOCIALISTS &  
DEMOCRATS

# **///EUROPA ///GEHT VORAN**

Progressive  
Lösungen für globale  
Herausforderungen

ENTWURF für eine Entschließung  
zur Annahme auf dem SPE-Parteitag  
in Málaga am 11. November 2023

## **I. SCHUTZ DER BÜRGER\*INNEN IN ZEITEN DES WANDELS**

1. Hochwertige Arbeitsplätze für alle
2. Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Ausbeutung auf dem Arbeitsmarkt, Armut und sozialer Ausgrenzung
3. Bereitstellung sicherer, nachhaltiger und erschwinglicher Energie für alle
4. Grüner Deal für einen gerechten Wandel zur Beendigung des Klimawandels
5. Erhalt der biologischen Vielfalt
6. Ein wirtschaftlich widerstandsfähiges und krisenfestes Europa
7. Eine Wirtschaft im Dienst der Menschen
8. Steuergerechtigkeit: Alle Personen und Unternehmen sollen ihren gerechten Anteil zahlen
9. Eine hohe Lebensqualität in Städten und Regionen
10. Bezahlbarer und hochwertiger Wohnraum für alle
11. Zugang zu bezahlbarer und hochwertiger Pflege und Gesundheitsversorgung für alle
12. Förderung hochwertiger öffentlicher Dienstleistungen

## **II. FÖRDERUNG VON DEMOKRATIE UND GLEICHSTELLUNG**

13. Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
14. Ein Europa ohne Diskriminierung, das Gleichbehandlung für alle sichert
15. Schluss mit geschlechtsspezifischer Gewalt
16. Ein Europa, das sich für seine Kinder und Jugendlichen einsetzt
17. Förderung der Solidarität zwischen den Generationen in Europa
18. Eine koordinierte europäische Asyl- und Migrationspolitik
19. Stärkung der Bürgerrechte im Internet
20. Sicherheit für alle Bürger\*innen

## **III. SICHERUNG DER POSITION EUROPAS IN DER WELT**

21. Beibehaltung der vollen Unterstützung für die Ukraine
22. Förderung von strategischen Investitionen und Innovationen
23. Unterstützung internationaler Partnerschaften
24. Eine zukunftsorientierte EU, die bereit ist, ihre Funktionsweise zu verbessern und sich den internationalen Herausforderungen zu stellen
25. Stärkung der europäischen Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung

## **IV. SCHLUSSFOLGERUNG**



# EUROPA GEHT VORAN

**PES**  
SOCIALISTS &  
DEMOCRATS



Das Leben unserer Bürger\*innen zu verbessern ist seit jeher oberstes Anliegen unserer politischen Bewegung. Dies war unser Ziel während des laufenden europäischen Mandats und wird immer unser Hauptziel bleiben. Wenige Monate vor der nächsten Europawahl wollen **wir als Sozialdemokratische Partei Europas erneut bekräftigen, dass wir uns entschlossen für ein besseres Leben für die europäischen Bürger\*innen einsetzen werden.** Seit der letzten Europawahl haben Europa und die Welt heftige Krisen und Veränderungen erlebt. Während der Covid-19-Pandemie, des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und des daraus resultierenden Anstiegs der Energiepreise und Lebenshaltungskosten, angesichts unsicherer Lieferketten, der immer deutlicher zutage tretenden Auswirkungen des Klimawandels und des Verlusts der biologischen Vielfalt, der Aushöhlung der Demokratie und des demografischen Wandels haben sich unsere Mitglieder stets für die Bürger\*innen stark gemacht. Durch diese Krisen sind die bestehenden Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen, insbesondere die geschlechtsspezifische Diskrepanz bei Betreuungs- und Pflegeaufgaben und das Einkommensgefälle noch stärker zutage getreten und haben sich weiter verschärft.

Unsere Arbeit ist noch lange nicht zu Ende und wir werden die gleiche Entschlossenheit benötigen, um eine Zukunft des gemeinsamen Wohlstands, Gleichberechtigung und Stabilität zu gewährleisten. **Nie haben wir uns davor gescheut, die notwendigen fortschrittlichen**

**Veränderungen herbeizuführen: Für uns geht es in der Politik darum, Veränderungen aktiv zu gestalten und die Zukunft zu planen. Dabei ist es unser Ziel, dafür zu sorgen, dass niemand zurückgelassen wird.** Wir wollen sicherstellen, dass alle Menschen in Achtung, Würde und Sicherheit leben können und alle die Möglichkeit haben, ihr Leben, ihre berufliche Laufbahn und ihren Platz in der Gesellschaft selbst zu bestimmen. Jeder Mensch muss gleich behandelt werden und die Möglichkeit haben, sein volles Potenzial zu entfalten und in Würde zu leben. Wir werden auch weiterhin konkrete Lösungen für die Bedürfnisse der Menschen liefern, anstatt falsche Darstellungen oder Vereinfachungen zu propagieren. Die Sozialdemokratische Partei Europas wird weiterhin an gemeinsamen Lösungen für unsere gemeinsamen Probleme arbeiten.

Im aktuellen globalen Kontext ist die Europawahl 2024 in dreierlei Hinsicht von entscheidender Bedeutung:

- **Erstens** geht es darum, ob und vor allem wie unsere Gesellschaft die aktuellen gesellschaftlichen Veränderungen bewältigen wird.
- **Zweitens** geht es darum, die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in den Mittelpunkt der Europäischen Union zu stellen.
- **Und drittens** geht es um die gegenwärtige und zukünftige Position und Rolle der EU in der Welt.



Als Sozialdemokratische Partei Europas wollen wir uns auf diese Prioritäten konzentrieren, indem wir **eine Zukunft der Solidarität, des Zusammenhalts und der Gleichberechtigung aufbauen**. Dazu brauchen wir eine starke Fraktion unserer Parteienfamilie im nächsten Europäischen Parlament, um eine fortschrittliche Agenda voranzubringen sowie den besorgniserregenden und gefährlichen Bündnissen zwischen Konservativen, Liberalen und rechtsextremen Parteien in verschiedenen Mitgliedstaaten entgegenzuwirken. Das ist die beste Garantie, um voranzugehen auf dem Weg in eine soziale, nachhaltige und feministische Zukunft; eine Zukunft in der Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Gleichberechtigung, Solidarität zwischen den Generationen und Vielfalt respektiert und unsere Demokratie und Gesellschaft sowie alle Menschen unabhängig von ihren Lebensumständen gestärkt und gefördert werden.

Wir Sozialdemokrat\*innen werden die notwendigen Entscheidungen treffen, um die Probleme unserer Zeit zu lösen, die Demokratie zu schützen, unsere Bürger\*innen im Verlauf gegenwärtiger Veränderungen in der Welt zu schützen und die wesentliche Rolle der EU in der internationalen Arena zu stärken. Dazu haben wir uns die folgenden 25 Ziele gesetzt.





# I. SCHUTZ DER BÜRGER\*INNEN IN ZEITEN DES WANDELS

Die Welt unterliegt stetigen Veränderungen. Diese vollziehen sich jedoch zurzeit so rasant und tiefgreifend in unserer Gesellschaft, wie es seit Jahrzehnten nicht mehr der Fall war. Der Klimanotstand sowie die Bedrohung der Natur und der biologischen Vielfalt stellen existenzielle Bedrohungen und Herausforderungen dar, wie sie die Menschheit seit Jahrhunderten nicht erlebt hat. Angesichts des demografischen Wandels stehen unsere Arbeitsmärkte und sozialen Sicherungssysteme vor gewaltigen Herausforderungen. Unsere Zivilisation ist mittlerweile so eng mit den digitalen Technologien verknüpft, dass sich dadurch unsere Arbeitsweise, unsere Beziehungen untereinander sowie Chancen und Gefahren hinsichtlich unserer Zukunft stark verändert haben. **In unserer politischen Parteienfamilie ging es immer um Fortschritt,**

**um positive Veränderungen für unsere Bürger\*innen. Damit dies in einer Weise geschieht, die vielen Menschen und nicht nur einer kleinen Elite zugutekommt, müssen Politik und Staat geeignete Rahmenbedingungen schaffen.** Bei allen Veränderungen muss eine geschlechtsspezifische Perspektive berücksichtigt werden. Die Beschäftigungsquoten haben zwar wieder den Stand von vor 2008 erreicht, aber viele Menschen leben immer noch in prekären Verhältnissen. Wir sind nach wie vor davon überzeugt, dass eine neoliberale Politik letztendlich den Arbeitnehmer\*innen, dem Mittelstand und der großen Mehrheit der europäischen Bürger\*innen nur schaden kann, und dass die Politik der extremen Rechten zur vollständigen Zerstörung der Sozialsysteme, des Gesundheitswesens, der Bildung und der öffentlichen Dienstleistungen führt. **Angesichts steigender Lebenshaltungskosten müssen wir die Kaufkraft der Menschen schützen, damit alle ein Leben in Würde führen können.** Wir brauchen eine neue Politik und bessere Entscheidungsprozesse, müssen jedoch auch unseren Grundwerten treu bleiben. **Arbeitnehmerrechte, hochwertige Arbeitsplätze mit guten Löhnen, soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichstellung waren die Grundlagen, auf denen wir unsere Gesellschaft aufgebaut haben,** und das müssen sie auch für die Zukunft bleiben. Um unsere Gesellschaft durch diese vielen Veränderungen zu begleiten, wollen wir uns auf die folgenden Prioritäten konzentrieren:



## 1. HOCHWERTIGE ARBEITSPLÄTZE FÜR ALLE

Unsere Familie hat soziale Fragen in den Mittelpunkt der europäischen Politik gestellt. Die EU hat mit der Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte begonnen, einen sozialen Aktionsplan verabschiedet sowie ihre Sozial-, Klima- und Wirtschaftsprogramme stärker miteinander verknüpft. Dadurch konnten die Auswirkungen der verschiedenen Krisen, mit denen die EU in den letzten Jahren konfrontiert war, für die Bürger\*innen gemildert werden. Die Stärkung der Sozialpolitik und die Bekämpfung von Ungleichheiten sind dennoch mehr denn je erforderlich.

**Wir werden weiterhin das Wohl der Menschen und die soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt unseres politischen Handelns stellen.**

Wir wollen hochwertige Arbeitsplätze für alle Menschen unabhängig von ihrem Alter oder Geschlecht sichern. Durch den grünen und digitalen Wandel verändern sich unsere Volkswirtschaften radikal: neue Arbeitsplätze entstehen, andere verschwinden. **Mit starken Investitionen in grüne und digitale Technologien, in die Kreislaufwirtschaft, aber auch in traditionellere Branchen wie Pflege, Gesundheitswesen, Verkehr und Wohnraumsanierung können viele neue Arbeitsplätze geschaffen werden.**

Diese Arbeitsplätze müssen sowohl sozial als auch ökologisch nachhaltig sein und menschenwürdige Arbeitsbedingungen, angemessene Löhne, gleiche Entlohnung für gleiche oder gleichwertige Arbeit und eine faire Mobilität der Arbeitskräfte bieten. Mit unserem Einsatz für faire Mindestlöhne, für stärkere Tarifverhandlungen, für die Rechte von Plattformarbeit\*innen und für Lohntransparenz ebnen wir dazu den Weg. **Unsere Ziele sind die Regulierung von künstlicher Intelligenz und Algorithmen am Arbeitsplatz, die Überwindung des geschlechtsspezifischen Lohn- und Rentengefälles, die bessere Vorbeugung gegen psychische und seelische Gesundheitsrisiken, eine EU-Strategie zur Verwirklichung der „Vision Zero“ für tödliche Arbeitsunfälle in der EU und die Qualitätssicherung von Praktikumsplätzen überall in der EU.** Durch die Sicherung guter Arbeitsbedingungen wird sich auch der Arbeitskräftemangel in jenen Sektoren verringern lassen, in denen die Sicherheit am Arbeitsplatz ein besonderes Problem darstellt.

Für einige ist die wöchentliche Arbeitszeit immer noch zu lang, unregelmäßige Arbeitszeiten beeinträchtigen das Familienleben, und durch die neuen Technologien verschwimmt die Abgrenzung zwischen Arbeit

und Privatleben. **Wir kämpfen für das Recht der Arbeitnehmer\*innen auf Nichterreichbarkeit und unterstützen eine Arbeitszeitverkürzung bei gleichem Lohnniveau.** Teststudien mit 4-Tage-Wochen haben deren positive Auswirkungen gezeigt. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, die Lebensqualität der Bürger\*innen zu erhöhen, indem wir dafür sorgen, dass die Arbeitnehmer\*innen ihre beruflichen und privaten Verpflichtungen besser in Einklang bringen können und unbezahlte Haus- und Pflegearbeit zwischen Männern und Frauen gleichmäßig verteilt wird. Jede dritte Frau in der EU übt keine bezahlte Arbeit aus und die überwiegende Mehrheit der Teilzeitbeschäftigten in der EU sind Frauen.

Beim Ausbruch der Covid-19-Krise bewirkten wir die Schaffung des SURE-Instruments, mit dem die Regierungen das Risiko der Arbeitslosigkeit mindern und die Arbeitnehmer\*innen vor Entlassungen schützen konnten. **Da sich SURE als erfolgreich erwies, wollen wir es zu einem dauerhaften Instrument für die Regierungen zur Bewältigung künftiger Krisen weiterentwickeln.** Angesichts der Veränderungen auf den Arbeitsmärkten in der EU drängen wir auf eine ehrgeizige Strategie zur Förderung von Aus- und Weiterbildung, damit die Bürger\*innen und Arbeitnehmer\*innen die notwendigen digitalen Fähigkeiten und KI-Kenntnisse erwerben können. Für eine digitale, nachhaltige Kreislaufwirtschaft sind technisch gut ausgebildete und qualifizierte Arbeitskräfte erforderlich. **Wir werden ein EU-Weiterbildungsprogramm in verschiedenen Bereichen der Informations- und Kommunikationstechnologie und des grünen Wandels einführen, um allen Menschen die Möglichkeit zu bieten, die für den Arbeitsmarkt und Bereiche mit Arbeitskräftemangel erforderlichen Fertigkeiten zu erlernen.** Durch die Erweiterung ihrer beruflichen Fähigkeiten können sich die Arbeitnehmer\*innen auf den neuen Arbeitsmarkt vorbereiten und leichter aus rückläufigen Branchen zu neuen Tätigkeitsfeldern des grünen und digitalen Wandels wechseln und so gleichermaßen davon profitieren. Da im digitalen Bereich viele neue Arbeitsplätze entstehen, müssen wir dafür sorgen, dass sich mehr Frauen für eine Karriere in MINT-Berufen entscheiden, die nach wie vor von Männern dominiert werden. Wir fordern ehrgeizige Investitionen in eine qualitativ hochwertige und erschwingliche Bildung für alle, einschließlich durch Schaffung eines Europäischen Bildungsraums bis 2025, und gleichzeitig die Sicherung der für einen gerechten und nachhaltigen Übergang erforderlichen Qualifikationen und Kompetenzen.



## **Diese Fortbildungsanstrengungen müssen mit besseren Arbeitsplätzen und höheren Löhnen belohnt werden.**

Während der Covid-19-Pandemie haben wir gezeigt, dass wir die Arbeitnehmer\*innen vor Arbeitsplatzverlust bewahren konnten. Wir werden uns mit der gleichen Entschlossenheit für Bereiche einsetzen, die im Zuge des Übergangs schrittweise eingestellt werden.

Wir stehen den Gewerkschaften sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene unter voller Achtung ihrer Unabhängigkeit zur Seite. Die Förderung von Tarifverhandlungen in den Mitgliedstaaten bedeutet auch, dass die Politik und die Rechtsvorschriften der Union unabhängigen und gleichberechtigten nationalen Sozialpartnern den erforderlichen Spielraum zur Aushandlung ihrer Tarifverträge einräumen müssen. **Wir sind davon überzeugt, dass die Erreichung des Ziels einer 80-prozentigen Tarifbindung bis 2030 bessere Arbeitsbedingungen, bessere Löhne und eine besser funktionierende EU-Wirtschaft gewährleisten wird.**

Sozialdumping, Wirtschaftskriminalität und die Ausbeutung von Arbeitnehmer\*innen haben auf dem europäischen Arbeitsmarkt keinen Platz. Sie beeinträchtigen die Löhne, die Rechte der Arbeitnehmer\*innen und unseren Kampf für menschenwürdige Arbeit für alle. Aufgrund ihrer starken grenzüberschreitenden Dimension erfordern sie eine europäische Antwort.

## UNSERE WICHTIGSTEN VORSCHLÄGE

- *Wir wollen, dass **die Europäische Säule sozialer Rechte auch die Richtschnur für die nächste Europäische Kommission ist.** Wir werden uns für die vollständige Umsetzung aller 20 Grundsätze der Europäischen Säule sozialer Rechte und deren Aufnahme in den institutionellen Rahmen der EU einsetzen.*
  - **Verabschiedung einer ehrgeizigen Richtlinie zur Plattformarbeit** bis zum Ende der Legislaturperiode, Verbot von Null-Stunden-Verträgen und Scheinselbstständigkeit in allen Sektoren und Bekämpfung jeglicher Art von prekärer Beschäftigung.
  - **Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Arbeitskräfte in systemrelevanten Funktionen und Erhöhung der Investitionen**, insbesondere in der Pflege, um die Attraktivität des Berufs für Männer und Frauen zu erhöhen, den Arbeitskräftemangel zu lindern, die Personaleinstellung zu erleichtern und die Bindung und das Wohlbefinden der Belegschaft zu fördern.
  - **Sicherstellung des Rechts** der Arbeitnehmer\*innen
- auf Weiterbildung**, Umschulung und lebenslanges Lernen während der bezahlten Arbeitszeit.
- **Regulierung der künstlichen Intelligenz und des Einsatzes von Algorithmen am Arbeitsplatz** durch die Verankerung des Grundsatzes im EU-Recht, **dass die Entscheidungsgewalt beim Menschen liegt** sowie durch Sicherung ausreichender KI-Kenntnisse in den Belegschaften.
  - **Abbau des geschlechtsspezifischen Beschäftigungs-, Lohn- und Rentengefälles** bis 2030 durch Einführung verbindlicher Zielvorgaben für jeden Mitgliedstaat und jede Altersgruppe.
  - **Stärkung der Arbeitssicherheit durch eine Richtlinie über psychosoziale Risiken am Arbeitsplatz**, einschließlich Risiken für die seelische Gesundheit, eine erweiterte Richtlinie über arbeitsbedingte Muskel-Skelett-Erkrankungen und rheumatische Beschwerden sowie ein „Vision Zero“-Ansatz für tödliche Arbeitsunfälle in der EU.
  - **Verteidigung des Rechts der Arbeitnehmer\*innen auf Nichterreichbarkeit und Durchsetzung einer Arbeitszeitverkürzung bei gleichem Lohnniveau** über Tarifverhandlungen oder per Gesetz.
  - **Stärkung und Verteidigung der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte**, einschließlich des Zugangs der Gewerkschaften zu den Betriebsstätten, des Vereinigungsrechts, des Rechts auf Kollektivverhandlungen und des Streikrechts.
  - **Stärkung des sozialen Dialogs und unabhängiger Gewerkschaften** auf nationaler und europäischer Ebene durch Erweiterung der Tarifbindung auf 80% im Einklang mit der Richtlinie über angemessene Mindestlöhne und Schaffung von ausreichenden Spielräumen zur Aushandlung von Tarifverträgen für Gewerkschaften in gut funktionierenden nationalen Selbstregulierungssystemen. Die Rolle der Gewerkschaften bei der Bewältigung eines gerechten Übergangs muss ebenfalls gefestigt werden, indem die Demokratie am Arbeitsplatz auf nationaler und europäischer Ebene gestärkt wird.
  - **Überarbeitung der Europäischen Betriebsratsrichtlinie** zur Stärkung der Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer\*innen.
  - **Überarbeitung der Richtlinie über Leiharbeit**, um Ausbeutung in der gesamten Untervergabekette zu verhindern und die Gleichbehandlung der Arbeitnehmer\*innen zu gewährleisten.



- **Durchsetzung einer fairen Mobilität der Arbeitskräfte, um die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben zu gewährleisten** und die Abwanderung von Fachkräften sowie Arbeitskräftemangel im jeweiligen Herkunftsland zu vermeiden.
- **Stärkung des Mandats der Europäischen Arbeitsbehörde** mit Ermittlungs- und Sanktionsbefugnissen zur wirksamen Bekämpfung von Sozialdumping und der Ausbeutung von Arbeitskräften.
- **Begrenzung der Vergabe von Unteraufträgen** und Gewährleistung der gesamtschuldnerischen Haftung in der gesamten Lieferkette.
- **Einrichtung eines wirklichen Europäischen Bildungsraums bis 2025** zur Sicherung von Qualität, zugänglicher und erschwinglicher Bildung in der gesamten EU und Schaffung eines gemeinsamen europäischen Rahmens für die Anerkennung, Validierung und Akkreditierung von Kenntnissen, Fähigkeiten und Kompetenzen, die durch nicht-formale Bildung erworben wurden.
- **Alle Praktika, Lehrstellen und Ausbildungsverhältnisse müssen bezahlt** und ausbeuterische Praktiken verhindert werden.
- Unterstützung eines **reibungslosen Übergangs von der Arbeit in den Ruhestand** am Ende der beruflichen Laufbahn.
- **Bessere Berücksichtigung der Lohnverteilung und der Lohnungleichheiten im Europäischen Semester** als ein Schritt in Richtung des UN-Nachhaltigkeitsziels 10 zur Verringerung von Ungleichheit in und zwischen Ländern.



**///EUROPA  
///GEHT VORAN**

**PES**

SOCIALISTS &  
DEMOCRATS



## **2. BEKÄMPFUNG VON ARBEITSLOSIGKEIT, AUSBEUTUNG AUF DEM ARBEITSMARKT, ARMUT UND SOZIALER AUSGRENZUNG**

Unser Kampf für Arbeitsplätze bedeutet auch, dass wir sicherstellen, dass jeder Mensch die Möglichkeit zur Ausübung einer Arbeit hat. Wir werden die Arbeitslosigkeit weiter bekämpfen und auch die Langzeitarbeitslosen angesichts der zahlreichen nützlichen sozialen und ökologischen Betätigungsfelder nicht zurücklassen. Der Zugang zu Beratung, Ausbildung, Umschulung und Weiterqualifizierung muss sichergestellt werden, damit alle die für den modernen Arbeitsmarkt erforderlichen Qualifikationen erwerben können. Die SPE setzt sich auch dafür ein, Langzeitarbeitslose durch lokale Arbeitsplatzgarantien wieder in sinnvolle Arbeit zu bringen.



**Der Zugang zu angemessenen Sozialversicherungsleistungen für alle Arbeitnehmer\*innen und Selbstständigen ist eine Voraussetzung, um Armut trotz Erwerbstätigkeit**

und eine Segmentierung des Arbeitsmarktes zu verhindern und gleiche Wettbewerbsbedingungen auf dem Binnenmarkt zu fördern. Die sozialen Sicherungssysteme in Europa sind jedoch allzu oft für Arbeitnehmer\*innen mit unbefristeten Vollzeitverträgen konzipiert und für den Schutz sozial schwächerer Gruppen schlecht geeignet. Dies hat nicht nur negative Auswirkungen für die betroffenen Personen, sondern beeinträchtigt auch die Funktion der Arbeitsmärkte, die Stabilisierungsfähigkeit der Sozialsysteme und deren Finanzierung.

Angesichts der in der EU vorherrschenden Ungleichheiten sind staatliche Maßnahmen erforderlich. **Unsere Parteienfamilie ist entschlossen, durch gut finanzierte öffentliche Dienstleistungen und einen starken Sozialstaat Wohlstand für alle Bürger\*innen zu schaffen.** Wir wollen, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten auf die vollständige Beseitigung von Armut in Europa durch die Einführung eines europäischen Gesetzes zur Bekämpfung der Armut hinarbeiten. In einem ersten Schritt setzen wir uns für stabile nationale Mindesteinkommensregelungen ein, die als Sicherheitsnetz am besten geeignet sind, um die Menschen vor Leid und Entbehrungen zu schützen. Um der Nichtinanspruchnahme von Sozialleistungen entgegenzuwirken, werden wir automatische Zahlungen fördern.

**UNSERE WICHTIGSTEN VORSCHLÄGE**

- **Einführung einer europäischen Strategie zur Armutsbekämpfung** und ihrer Überwachung im Rahmen des Europäischen Semesters unter besonderer Beachtung der Geschlechterdimension.
- **Stärkung der EU-Plattform zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit** und Sicherung der finanziellen Ausstattung zur Durchführung ihrer Tätigkeiten.
- **Unterstützung des von der S&D-Fraktion angeführten Aufrufs des Europäischen Parlaments, mindestens 20 Milliarden Euro für die Europäische Kindergarantie bereitzustellen** und sich für ehrgeizigere Ziele zur Verminderung von Kinderarmut einzusetzen.
- **Wir wollen eine ergänzende europäische Arbeitslosenrückversicherung**, um die Mitgliedstaaten im Falle eines starken Anstiegs der Arbeitslosigkeit zu unterstützen.
- **Weiterentwicklung von SURE zu einem dauerhaften Instrument**, um für künftige Krisen gewappnet zu sein.
- **Bekämpfung von Ungleichheiten durch hochwertige öffentliche Dienstleistungen und Investitionsstrategien.**

- **Sicherstellung der Finanzierung von lokalen Arbeitsplatzgarantien**, aufbauend auf dem Erfolg der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen.
- **Fortsetzung des Kampfes für mehr soziale Investitionen** und Verbesserung der sozialen Absicherung von Arbeitnehmer\*innen und Selbstständigen.
- **Einleitung einer konzertierten Aktion zur Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität auf dem europäischen Arbeitsmarkt**, einschließlich Initiativen zur Schließung von Gesetzeslücken, zur verstärkten Durchsetzung bestehender Rechtsvorschriften und zur Verschärfung der Sanktionen im Zusammenhang mit Verstößen gegen arbeitsmarktrechtliche Vorschriften zum Schutz der Arbeitnehmer\*innen.
- **Der Zugang zu europäischen Finanzmitteln muss an soziale Bedingungen gebunden sein**, einschließlich klarer Vorgaben bezüglich Tarifverhandlungen. Unternehmen, die Arbeitnehmerrechte nicht einhalten, müssen von der Finanzierung ausgeschlossen werden.
- **Das Mindesteinkommen ist oft die letzte Säule der sozialen Absicherung. Die nationalen Mindesteinkommensregelungen müssen in der gesamten EU gestärkt werden**, um das Leben der Bürger\*innen überall auf dem Kontinent zu verbessern.
- **Entwicklung gemeinsamer Mindeststandards für Sozialversicherungsleistungen für Arbeitnehmer\*innen**, insbesondere hinsichtlich der Dauer, Angemessenheit und Zugänglichkeit der Leistungen.
- **Fortsetzung der Bemühungen um Transparenz, Vereinfachung der Verwaltungsanforderungen und -verfahren, Klarheit der Vorschriften, Übertragbarkeit von Rechten und Ansprüchen und Bereitstellung von Systemen der sozialen Sicherheit.**
- **Gewährleistung einer besseren Rückverfolgbarkeit der Sozialversicherungsansprüche der Bürger\*innen zur Bekämpfung von Betrug und ausbeuterischen Arbeitspraktiken.** Die grenzüberschreitende Umsetzung sollte weiter verbessert werden, um durch digitale Instrumente wie **einen europäischen Sozialversicherungsausweis und eine europäische Arbeitserlaubnis** eine höhere Transparenz und breitere Abdeckung zu erreichen.
- **Unterstützung der Aufnahme eines Protokolls über den sozialen Fortschritt in die EU-Verträge**, um zu gewährleisten, dass die Rechte von Arbeitnehmer\*innen und Gewerkschaften sowie soziale Rechte im Konfliktfall Vorrang vor wirtschaftlichen Freiheiten haben.
- **Neuausrichtung des Europäischen Semesters** durch Umsetzung des **Rahmens für soziale Konvergenz.**
- **Annahme eines Pakts für nachhaltige Entwicklung und sozialen Fortschritt.**



### 3. BEREITSTELLUNG SICHERER, NACHHALTIGER UND ERSCHWINGLICHER ENERGIE FÜR ALLE

Die Gewährleistung der Versorgungssicherheit und Erschwinglichkeit der Energie für alle ist für unsere Parteienfamilie von höchster Priorität. Auf dem letzten SPE-Kongress 2022 in Berlin haben wir einen **Europäischen Pakt für erschwingliche Energie und sozialen Zusammenhalt verabschiedet**, um die Kaufkraft der europäischen Bürger\*innen zu schützen. In einer außergewöhnlichen Zeit haben wir uns an vorderster Stelle erfolgreich für Vereinbarungen stark gemacht, um die Energiepreise niedrig zu halten, indem Obergrenzen für Markteinnahmen aus erneuerbaren Energien, Kernkraft und Braunkohle festgelegt, eine Steuer auf Zufallsgewinne bei fossilen Brennstoffen, eine Preisobergrenze für Gas und andere Energieträger sowie neue Richtpreise für Flüssigerdgas (LNG) zur Beschränkung der Marktvolatilität eingeführt wurden. Die EU hat nun einen Mechanismus für die gemeinsame Beschaffung von Gas eingerichtet und die Vorschriften für staatliche Beihilfen aktualisiert, um die Industrie und Gesellschaft zu unterstützen.

Wir kämpfen für **eine stärkere und strategisch unabhängige Energieunion**, die Versorgungssicherheit, Nachhaltigkeit und das Wohlergehen Europas gewährleistet. Während die EU mit REPowerEU ihre Abhängigkeit von russischem Gas verringert, fordern wir einen schnelleren Ausstieg aus fossilen Brennstoffen, die verstärkte Nutzung erneuerbarer und kohlenstoffarmer Energieträger und die Produktion von erneuerbarem Wasserstoff im Einklang mit dem Energiebedarf zur Sicherung unserer strategischen Unabhängigkeit. Europa muss in eine umfassende Netz- und Speicherinfrastruktur, in neue Produktionskapazitäten für erneuerbare Energien, in Verbundnetze, in den zügigen Einsatz erneuerbarer Energiequellen für die Energieerzeugung und -übertragung, in die Steigerung der Energieeffizienz und in die Förderung struktureller Veränderungen zur Senkung der Energienachfrage investieren. **Wir fordern eine Regulierung des Energiemarktes, um künstliche Preisspitzen im Groß- und Einzelhandel zu verhindern und die Vorhersehbarkeit, Stabilität und Erschwinglichkeit der Preise zu verbessern.** Um den Übergang zur Klimaneutralität zu vollziehen, muss Europa massiv in die öffentliche digitale Infrastruktur und innovative Technologien investieren, damit die EU eine digitale Führungsrolle übernehmen, die eigene globale Wettbewerbsfähigkeit erhalten und die enormen Effizienz- und Produktivitätsvorteile freisetzen kann, die zur Senkung der Emissionen erforderlich sind.

#### UNSERE WICHTIGSTEN VORSCHLÄGE

- **Verstärkte Investitionen in erneuerbare Energien und Energieeffizienz** und Anstreben eines Energiemixes, der zu 100% aus erneuerbaren oder kohlenstoffarmen Energieträgern besteht, um nachhaltige Unabhängigkeit und Erschwinglichkeit in der Energieversorgung zu erreichen.
- **Beschleunigter Ausbau von Stromerzeugungskapazitäten auf der Grundlage erneuerbarer Energieträger**, einschließlich erneuerbaren Wasserstoffs, um fossile Brennstoffe vollständig abzulösen und den Energiebedarf zur Sicherung strategischer Unabhängigkeit zu decken.
- **Konzentration auf die Entwicklung sauberer Technologien**, einschließlich der Produktion von erneuerbarem Wasserstoff, um die führende Rolle Europas in der Erzeugung grüner Energie zu sichern und eine wettbewerbsfähige Industrie mit hochwertigen Arbeitsplätzen zu erhalten.
- **Gewährleistung der Kohäsion im Energiebereich** und eines effizienten Energiesystems durch Investitionen in eine ausreichende Energieerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen, in die strategische Infrastruktur der EU und in ein europaweites Leitungs- und Speichernetz, das eine ununterbrochene Energieversorgung in ganz Europa sichert.
- **Schutz unserer strategischen Infrastruktur**, einschließlich unseres Energienetzes, gegen Eingriffe von außen.
- **Drängen auf eine fortschrittliche Reform des Stromgroßhandelsmarktes**, um erschwingliche Energie zu sichern und die Vorhersehbarkeit und Erschwinglichkeit der Strompreise durch eine langfristige Strategie bei gleichzeitiger Förderung von Investitionen in erneuerbare Energieträger zu gewährleisten.
- **Schutz der Schwächsten**, Entwicklung einer Strategie gegen Energiearmut, Gewährleistung des sozialen und territorialen Zusammenhalts und Einstufung der Energieversorgung als Dienstleistung von allgemeinem Interesse.



**PES**SOCIALISTS &  
DEMOCRATS**EUROPA  
GEHT VORAN**

## 4. GRÜNER DEAL FÜR EINEN GERECHTEN WANDEL ZUR BEENDIGUNG DES KLIMAWANDELS

Der grüne Wandel muss so schnell wie möglich vollzogen werden. **Unser oberstes Ziel ist Klimaneutralität bis spätestens 2050 und die Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5°C.** Dies muss mit einem gerechten Übergang einhergehen, bei dem die Arbeitnehmer\*innen und besonders schutzbedürftige Gruppen abgesichert und geschlechtsspezifische Aspekte mitberücksichtigt werden. **Die SPE setzt sich weiterhin für einen Übergang ein, bei dem das Wohlergehen der Gesellschaft im Vordergrund steht und unsere wirtschaftlichen Interessen gewahrt bleiben. Der Grüne Deal muss Europa als Richtschnur für einen fairen und nachhaltigen Wandel dienen.** Es muss sichergestellt werden, dass niemand benachteiligt oder zurückgelassen wird, ohne dass dadurch jedoch der notwendige ökologische Wandel aufgehalten wird. Mit Instrumenten wie der Aufbau- und Resilienzfazilität wollen wir ausreichende Investitionen zur Umsetzung der Reformen im Energiesektor sicherstellen, mit denen die Brücke zwischen ökologischem und sozialem Fortschritt geschlagen werden kann.

Zahlreiche politische Erfolge wie der Europäische Grüne Deal, das Klimagesetz und das Paket „Fit for 55“ wurden durch die Sozialdemokrat\*innen vorangetrieben und entwickelt. Mit dem CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystem haben wir einen Preis für die Kohlenstoffbelastung festgelegt und der Verlagerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen einen Riegel vorgeschoben. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass weitere Sektoren in das System zur Emissionsreduzierung einbezogen werden und mit dem zweiten Emissionshandelssystem gleiche Bedingungen für alle geschaffen werden. Mit den Initiativen „RefuelEU Aviation“, AFIR, und „FuelEU Maritime“ haben wir verbindliche Ziele festgelegt, um die Dekarbonisierung aller Verkehrsträger zu beschleunigen und den Einsatz nachhaltiger Kraftstoffe zu fördern. Wir haben uns für eine umweltfreundliche und nachhaltige Mobilität stark gemacht, um die Fahrzeugemissionen zu begrenzen, für saubere Luft zu sorgen, mehr Innovationen in umweltfreundliche Technologien anzuregen und territoriale Gerechtigkeit zu sichern. Wir haben uns für den Schutz und die Wiederherstellung unserer Wälder eingesetzt. **Durch geeignete Rahmenbedingungen für einen nachhaltigen Wandel, die im Zuge der Umsetzung des Grünen Deals geschaffen werden, können wir dynamische Volkswirtschaften, Umweltschutz und ein sozialeres Europa erreichen.** Wir werden dafür sorgen, dass die Kohlenstoffemissionen bis 2030 um mindestens 55% gesenkt werden, und wir fordern die Reduzierung kurzlebiger Emissionen wie Methan. Wir werden die Lebensqualität in Europa verbessern und uns für die Schaffung geeigneter Voraussetzungen einsetzen, damit andere Länder sich uns auf

dem Weg in eine grünere Zukunft anschließen können.

**Der Kampf gegen den Klimawandel ist auch ein Kampf gegen Ungleichheit.** Mit Instrumenten wie der Renovierungswelle, dem Fonds für einen gerechten Übergang, dem sozialen Klimafonds und dem guten Einsatz der europäischen Struktur- und Investitionsfonds wollen wir sicherstellen, dass alle Bürger\*innen von einer grünen und nachhaltigen Zukunft profitieren. Mit dem „One Health“-Ansatz sollen die Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt eng miteinander verknüpft werden. Der Tierschutz muss fester Bestandteil einer solidarischen Gesellschaft und eines gesunden Planeten sein.

**Der Europäische Grüne Deal hat unsere Gegenwart und Zukunft grundlegend verändert. Er sorgt dafür, dass Europa den grünen Wandel anführt und gleichzeitig sein Sozialmodell stärkt, mehr und bessere Arbeitsplätze in allen EU-Regionen** sowie eine bessere und gesündere Umwelt für die Bürger\*innen schafft. Er setzt auch ein starkes Beispiel in internationalen Gremien wie der UN-Klimakonferenz. Europa hat die Diskussionen um die Beibehaltung der Klimaziele angeführt. Unsere Parteienfamilie wird sich auf der diesjährigen COP 28 weiterhin dafür einsetzen, dass die Eindämmung und Anpassung an den Klimawandel ganz oben auf die Agenda gesetzt wird. Die Auswirkungen des Klimawandels sind bereits spürbar und werden sich mit der Zeit lediglich verschlimmern. Die steigende Anzahl und das Ausmaß der Naturkatastrophen wie Überschwemmungen, Dürren, Stürme und Waldbrände, von denen in diesem Jahr viele Menschen in Europa und der Welt betroffen waren, zeigen allzu deutlich, dass wir jetzt und unermüdlich handeln müssen. In Europa werden wir diesen Wandel weiterhin anführen. **Wir fordern einen neuen Investitionsplan für den grünen und digitalen Wandel, um geeignete Rechtsvorschriften vorzubringen,** mit denen positive gesellschaftliche Veränderungen und mehr Gleichberechtigung, einschließlich der Gleichstellung der Geschlechter, sichergestellt werden können.







#### UNSERE WICHTIGSTEN VORSCHLÄGE

- Sicherung von **Klimaneutralität bis spätestens 2050** und Senkung der Emissionen bis 2030 um mindestens 55% sowie ambitionierte EU-weite Zwischenziele für die Zeit nach 2030 bis 2035 und 2040 im Einklang mit dem europäischen Klimagesetz und den wissenschaftlichen Empfehlungen. Unser Bekenntnis zur Klimaneutralität der EU im Einklang mit den internationalen Verpflichtungen des Pariser Abkommens sollte sich in einer künftigen Überarbeitung der EU-Verträge widerspiegeln.
- Fortsetzung des **internationalen Drucks im Rahmen des UNFCCC, um die globale Erwärmung auf 1,5°C zu begrenzen.**
- Es ist absolut notwendig die **Klimaschutzmaßnahmen in allen Sektoren der EU-Wirtschaft, einschließlich des Verkehrs- und Landsektors, zu beschleunigen**, ehrgeizigere Ziele aufzustellen und einen grünen und gerechten Übergang zu fördern, zur Emissionsreduzierung beizutragen, auf eine erschwingliche, integrative, sichere und umweltfreundliche Mobilität zu setzen und die Nutzung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur sowie nachhaltige Kraftstoffe für den Luft- und Seeverkehr voranzubringen.
- **Gewährleistung, dass der grüne Übergang gerecht gestaltet wird** und niemand zurückgelassen wird, wobei insbesondere die am stärksten gefährdeten Gruppen, KMU und der territoriale Zusammenhalt mit Instrumenten wie dem Fonds für einen gerechten Übergang und dem Sozialen Klimafonds berücksichtigt werden müssen.

- **Einführung grüner Sozialschutzsysteme** mit Unterstützung der EU, um die Menschen gegen die Auswirkungen des Klimawandels und der Umweltzerstörung sowie gegen die Folgen dieses Wandels für Arbeitsplätze und Lebensbedingungen abzusichern.
- Sicherung des **Übergangs zu einer Kreislaufwirtschaft** durch Anreize für nachhaltigere Produktionsweisen und Konsummuster.
- **Erhalt wertvoller Rohstoffe** und deren nachhaltige Nutzung zur **Verringerung der Abfallaufkommen.**
- Frühzeitige Maßnahmen zur Prävention, Anpassung und **finanziellen Unterstützung gefährdeter Gruppen** und Gebiete, die unmittelbar vom Klimawandel und dem Verlust der biologischen Vielfalt betroffen sind. Konzentration auf schnelle Wiederherstellungsmaßnahmen für Personen und Gebiete, die bereits von Waldbränden, Überschwemmungen und anderen Naturkatastrophen betroffen sind, und Verstärkung der internationalen Bemühungen zur Renaturierung.
- **Aufruf zu einem Investitionsplan für den grünen und digitalen Übergang**, bei dem die positiven Wechselwirkungen zwischen Digitalisierung und Kampf gegen den Klimawandel genutzt werden.
- **Sicherstellung der aktiven Beteiligung der Verbraucher\*innen am grünen Wandel** durch die Annahme von Vorschlägen zur Stärkung der Verbraucher\*innen beim grünen Übergang und zum Recht auf Reparatur.



## 5. ERHALT DER BIOLOGISCHEN VIELFALT

Der Übergang der EU zur Nachhaltigkeit muss auch mit der Wiederherstellung der biologischen Vielfalt einhergehen, unter anderem durch die vollständige Umsetzung des Renaturierungsgesetzes. **Die Krise der biologischen Vielfalt und die Klimakrise sind miteinander verknüpft.** Die Übernutzung von Land und Meer, die direkte Ausbeutung von Organismen, Umweltverschmutzung und invasive gebietsfremde Arten haben zu einer starken Schädigung der biologischen Vielfalt und des Ökosystems beigetragen. Europas Wälder, Luft, Meere, Wasser, Böden, Bestäuber und Tierarten müssen geschützt und wiederhergestellt werden, um eine gesunde Umwelt, eine bessere Gesundheit unserer Bürger\*innen, widerstandsfähige Ökosysteme und lebenswerte Städte zu schaffen. **Bei Umweltverbrechen, die die Lebensqualität langfristig beeinträchtigen, sollte es keine Toleranz geben.** Gegen Unternehmen, die die Umwelt verschmutzen und damit die menschliche Gesundheit und die Umwelt beeinträchtigen, müssen strenge Sanktionen verhängt werden. Ein gesunder Meeresgrund und Erdboden kann mehr Kohlenstoff binden und einen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele und zur Nahrungsmittelerzeugung leisten. Die europäische Landwirtschaft, Fischerei und Aquakultur müssen im Einklang mit der Strategie „vom Erzeuger zum Verbraucher“ grün und nachhaltig werden. Es müssen mehr Mittel für kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe bereitgestellt werden. Finanzielle Prämien sollten jene Produzenten belohnen, die die Kriterien des Umweltschutzes und der biologischen Vielfalt erfüllen. Wir werden für die Reduzierung des Einsatzes von Pestiziden, die Verringerung der Verschmutzung durch Plastik und Chemikalien und die Bezahlbarkeit von Bio-Lebensmitteln kämpfen. **Der Zugang zu sauberer Luft, Wasser und Nahrung ist ein Menschenrecht.** Die Sicherstellung der Wasserversorgung ist die Herausforderung dieses Jahrhunderts. Wir müssen die effiziente Wassernutzung, die Resilienz der Wasserquellen und -speicher sowie den Ausbau der Verteilungsinfrastruktur fördern. Die Gesellschaft muss sich an bessere Praktiken in der Wasserwirtschaft gewöhnen, um die Sicherheit der Versorgung mit Wasser und Nahrungsmitteln für alle zu gewährleisten. Europäische Solidarität und Investitionen sind notwendig, um Wasserknappheit zu verhindern und eine kontinuierliche Wasserversorgung in der gesamten EU zu sichern. Zukünftig müssen wir unsere Ressourcen und Materialien verantwortungsvoll nutzen und zu einer Kreislaufwirtschaft übergehen, wie sie im Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft beschrieben wird. In unserem

Bemühen, die Umwelt wiederherzustellen und zu schützen, verpflichten wir uns, einen wissenschaftlich fundierten Ansatz zu verfolgen und einen ständigen Dialog mit den Sozialpartnern, der Zivilgesellschaft und den Gemeinden vor Ort zu führen.

### UNSERE WICHTIGSTEN VORSCHLÄGE

- **Wiederherstellung eines guten Zustands der Wälder, der Luft, der Meere, des Wassers und des Bodens in Europa, Verringerung der Abholzung durch nachhaltige Forstwirtschaft und die Erhaltung von Naturschutzgebieten.**
- **Stärkung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU, um sicherzustellen, dass die EU-Agrarpolitik zur Erfüllung der Klimaübergangspläne und zur Erhöhung der biologischen Vielfalt beiträgt, um eine nachhaltige und langfristige Nahrungsmittelproduktion in der EU zu sichern.**
- **Stärkung der Tierschutzstandards** durch Verabschiedung strenger und weitreichender Rechtsvorschriften.
- **Schaffung von Anreizen für die Kohlenstoffbindung, Wasserfilterung und Luftreinhaltung.**
- **Verringerung der Menge an Mikroplastik, das ins Meer, die Luft und den Boden gelangt sowie ein vollständiges Verbot von absichtlich zugesetztem Mikroplastik in Produkten.**
- **Förderung umweltfreundlicher Verfahren zur Schädlingsbekämpfung und Verringerung des Einsatzes chemischer Pestizide.** Die Mitgliedstaaten sollten sich Ziele für die Verringerung ihres Pestizideinsatzes setzen und unter Berücksichtigung nationaler Besonderheiten dafür sorgen, dass die EU-weiten Ziele erreicht werden.
- **Förderung nachhaltiger und umweltfreundlicher Fischfangmethoden.**
- **Gewährleistung der Ernährungssicherheit** durch Stärkung nachhaltiger Lebensmittelproduktion und Konsummuster, Wiederherstellung der Natur und Bereitstellung erschwinglicher und gesunder Lebensmittel, einschließlich Bioprodukte.



## 6. EIN WIRTSCHAFTLICH WIDERSTANDSFÄHIGES UND KRISENFESTES EUROPA

Öffentliche Investitionen auf lokaler, regionaler, nationaler und EU-Ebene mit Unterstützung durch europäische Ressourcen sind der Schlüssel zu einer widerstandsfähigen, nachhaltigen und gerechten Wirtschaft. **Darüber hinaus setzen wir uns seit mehreren Jahren für eine Aktualisierung des EU-Rahmens für wirtschaftspolitische Steuerung ein, um ihn stärker auf den Investitionsbedarf unserer Gesellschaften auszurichten und durch Festlegung glaubwürdigerer Ziele, Aufgaben und Verpflichtungen sozialen Rückschritt zu vermeiden.** Im Zuge des grünen und digitalen Wandels müssen wir sicherstellen, dass der Zugang zu allen Mitteln der Aufbau- und Resilienzfazilität sowie der Strukturfonds effektiv gewährleistet ist. Auf dem Höhepunkt der Pandemie haben wir uns auf die Auswirkungen dieser außergewöhnlichen Krise auf die öffentlichen Finanzen eingestellt. Wir haben auf die Aktivierung der allgemeinen Ausweichklausel des Stabilitäts- und Wachstumspakts gedrängt, wodurch wir die Covid-19-Krise erfolgreich überwinden konnten. Diese vorübergehende Option muss weiterhin für außergewöhnliche Krisen in der Zukunft zur Verfügung stehen. Im neuen Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung sollten Möglichkeiten geprüft werden, inwieweit die für die Ukraine bereitgestellte Hilfe berücksichtigt werden kann.

Die Vorschläge der Europäischen Kommission ebnen den Weg für eine fortschrittliche Reform der wirtschaftspolitischen Steuerung. Wir müssen diese Gelegenheit und den laufenden Gesetzgebungsprozess dazu nutzen, die finanziellen Kapazitäten für grüne und soziale Investitionen zu stärken, gemeinsamen Wohlstand zu fördern, soziale und geschlechtsspezifische Ungleichheiten zu verringern und sicherstellen, dass es keine Rückkehr zu einseitiger Sparpolitik gibt, sowie die demokratische Rechenschaftspflicht und Koordinierung auf europäischer Ebene verbessert und gleichzeitig unser Engagement für sozial und wirtschaftlich nachhaltige öffentliche Finanzen verstärkt wird. Im Zuge der Reform der Regeln für die wirtschaftspolitische Steuerung muss sichergestellt werden, dass diese Regeln vor Ort wirksam umgesetzt werden.

**NextGenerationEU ist das umfassendste Investitionsprogramm, das Europa je hatte und einer der größten Erfolge sozialdemokratisch inspirierter europäischer Wirtschaftspolitik, auf den wir stolz sind.** Neben dem umfassenden Einsatz der bestehenden Instrumente setzen wir uns weiterhin für eine dauerhafte, langfristige EU-Investitionskapazität auf der Grundlage

echter europäischer Solidarität ein. Durch eine Weiterentwicklung der erfolgreichen Initiative SURE zu einem dauerhaften Instrument könnten Staaten die Arbeitnehmer\*innen vor wirtschaftlicher Instabilität schützen und so künftige Notfallsituationen besser bewältigen. Das Europäische Semester muss durch die Einführung eines Rahmens für soziale Konvergenz mit Instrumenten zur Bekämpfung sozialer Ungleichgewichte ergänzt werden.

Wir unterstützen die Vollendung der Bankenunion, um die Steuerzahler vor den Fehlern der Banker zu schützen. Wir unterstützen ebenfalls die vollständige Umsetzung der Baseler Bankenstandards, um die Widerstandsfähigkeit der EU-Banken gegenüber nationalen und internationalen Turbulenzen zu gewährleisten. Für den Schatten-Bankensektor sollten die gleichen Regulierungsstandards und Aufsichtskriterien gelten. Bei Kryptowährungen sind Instabilität und rücksichtslose Praktiken noch stärker verbreitet als bei den herkömmlichen Finanzprodukten. Sie müssen deshalb denselben Regeln zur Regulierungsaufsicht und Geldwäschebekämpfung unterworfen werden.

### UNSERE WICHTIGSTEN VORSCHLÄGE

- **Reform des EU-Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung, um Wachstum und nachhaltige öffentliche Investitionen zu fördern** und zu verhindern, dass finanz- und strukturpolitische Maßnahmen zu sozialen Rückschritten führen, indem eine soziale Klausel zur „Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen“ eingeführt wird.
- **Weiterentwicklung von SURE zu einem dauerhaften Instrument**, um für künftige Krisen gewappnet zu sein.
- **Vollständige Aufnahme des Rahmens für soziale Konvergenz als Teil des Europäischen Semesters**, damit soziale Ziele im gleichen Umfang wie wirtschaftliche und ökologische Ziele festgelegt werden.
- **Vollendung der Bankenunion**, einschließlich der dritten Säule, und Weiterentwicklung der Kapitalmarktunion.





## 7. EINE WIRTSCHAFT IM DIENST DER MENSCHEN

**Wir wollen das europäische Modell der sozialen Marktwirtschaft fördern.** Wir wollen geeignete Bedingungen schaffen, um KMU, Genossenschaften, innovative Start-Up-Unternehmen und Industriebereiche zu unterstützen, die als wesentliche Bausteine des europäischen Wirtschaftsgefüges einen positiven Beitrag zu den anstehenden Veränderungen leisten. Dabei streben wir bis 2027 eine Million Neugründungen an und wollen insbesondere unternehmerische Initiativen von Frauen fördern. Wir setzen uns weiterhin für die Umsetzung des Aktionsplans der Kommission für die Sozialwirtschaft ein, der darauf abzielt, die Rechtsvorschriften anzupassen und die Position von Unternehmen der Sozialwirtschaft zu stärken, indem geeignete Bedingungen für das Wachstum der Sozialwirtschaft, einschließlich Markt- und Finanzierungszugang, geschaffen werden.

Private Finanzmittel und Unternehmen müssen unseren öffentlichen Zielen dienen. Wir müssen die Kapitalmarktunion vollenden, um privates Kapital zu mobilisieren, aber wir müssen auch klare Umweltstandards und Berichtsanforderungen einführen, um Grünfärberei zu verhindern. Die Kapitalmarktunion sollte allen zugutekommen und auch den normalen Bürger\*innen und ihren Ersparnissen nützen. Die Europäische Kommission und das europäische Finanzaufsichtssystem, einschließlich der Europäischen Zentralbank, müssen gemeinsam handeln, um das Finanzsystem so auszurichten, dass wir unsere Übergangsziele erreichen können und für die Klimarisiken

besser gewappnet sind.

**Die Unternehmen müssen für ihre Tätigkeiten in der gesamten Wertschöpfungskette zur Verantwortung gezogen werden.** Sie sollten die Beweislast tragen und den Nachweis erbringen müssen, dass sie die internationalen Normen in vollem Umfang erfüllen.

### Unsere wichtigsten Vorschläge

- **Verstärkung von Maßnahmen, um private Investitionen in die grüne Transformation zu lenken**, wobei dies jedoch nicht zur Verstärkung von Ungleichheiten zwischen den Regionen führen darf.
- **Festlegung gemeinsamer Ziele** für öffentliche Einrichtungen, Unternehmen, Fondsmanager und Rentenfonds, **um aus fossilen Brennstoffen auszusteigen und in grüne Anlagen zu investieren.**
- **Bekämpfung von Grünfärberei** durch Einführung EU-weiter Mindeststandards für nachhaltige Investmentfonds, um zu verhindern, dass Investmentfonds sich ein „grünes Produktsiegel“ zulegen, aber weiter nicht nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten finanzieren.
- **Stärkung des Mandats des europäischen Finanzaufsichtssystems**, damit das Finanzsystem zum Übergang beiträgt und gegenüber Klimarisiken widerstandsfähiger wird.
- **Verabschiedung einer ambitionierten Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit und einer Verordnung über Zwangsarbeit**, um europäische Unternehmen für die sozialen, menschenrechtlichen und ökologischen Bedingungen in ihren Wertschöpfungsketten in die Verantwortung nehmen.
- **Umsetzung des Aktionsplans für die Sozialwirtschaft.**
- **Festlegung von sozialen und geschlechtsspezifischen Bedingungen als Voraussetzung für die öffentliche Auftragsvergabe.**
- **Förderung von Frauen in der Wirtschaft**, insbesondere durch Unterstützung unternehmerischer Initiativen und Start-Up-Gründungen von Frauen.





## 8. STEUERGERECHTIGKEIT: ALLE PERSONEN UND UNTERNEHMEN SOLLEN IHREN GERECHTEN ANTEIL ZAHLEN

**Eine gerechte und progressive Besteuerung ist eine Grundvoraussetzung für einen funktionierenden Sozialstaat und die Bekämpfung von Ungleichheiten. Wer mehr verdient, sollte auch mehr zum Gemeinwohl beitragen und nicht umgekehrt.** Um dies zu erreichen, müssen sich die Mitgliedstaaten in Steuerfragen und bei der finanziellen Transparenz stärker abstimmen und zusammenarbeiten und die ordnungsgemäße Umsetzung der Richtlinie über die länderbezogene öffentliche Berichterstattung gewährleisten. Unsere Regierungen haben die OECD/G20-Vereinbarung über die Mindestbesteuerung von Unternehmen durchgesetzt, und wir werden den weltweiten Kampf für Steuergerechtigkeit fortsetzen, damit reiche Unternehmen und Einzelpersonen die zu zahlenden Steuern nicht hinterziehen, umgehen oder optimieren können. Diese Vereinbarung wurde von den Mitgliedstaaten zwar mit überwältigender Mehrheit unterstützt, aber die Umsetzung durch die EU verzögerte sich, weil von einigen Mitgliedstaaten Forderungen erhoben wurden, die in keinem direkten Zusammenhang damit standen. Um zu vermeiden, dass Entscheidungen durch einzelne Mitgliedstaaten blockiert werden, müssen mehrere Maßnahmen in Betracht gezogen werden, u. a. die Erweiterung qualifizierter Mehrheitsentscheidungen in bestimmten Steuerangelegenheiten. **Zahlreiche Unternehmen haben die instabilen Energiepreise ausgenutzt, um ihre Gewinnmargen zu erhöhen; solche Unternehmen sollten zusätzlich besteuert werden.** Wir müssen dieser „Gewinninflation“ Einhalt gebieten, bei der die Gewinne der Unternehmen rasant steigen und die Preiserhöhungen auf die Verbraucher\*innen abgewälzt werden, wodurch die Kaufkraft der Menschen sinkt. Nach Angaben des Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Zentralbank **sind die steigenden Unternehmensgewinne für fast die Hälfte des Anstiegs der Inflation in Europa in den letzten zwei Jahren verantwortlich**, da die Unternehmen ihre Preise stärker erhöht haben als die Kosten für importierte Energie gestiegen sind. In der EU sind die obersten 1% im Besitz von 25% des gesamten Vermögens. **Äußerst reiche Einzelpersonen sollten ebenfalls dazu verpflichtet werden, ihren Anteil zu entrichten, indem sie zusätzlich besteuert werden und die Besteuerung von Kapitaleinkünften nicht niedriger**

**als die von Lohneinkünften ist.** Durch die derzeitige Steuerpolitik werden geschlechtsspezifische Unterschiede, Ungleichheiten und traditionelle Geschlechterrollen verstärkt. Die meisten Mitgliedstaaten haben zwar Steuervorschriften abgeschafft, die explizit zwischen Männern und Frauen unterschieden, implizite Unterschiede sind aber nach wie vor weit verbreitet. Die Steuerpolitik muss geschlechtersensibel ausgestaltet werden.

### UNSERE WICHTIGSTEN VORSCHLÄGE

- **Umsetzung einer abgestimmten Besteuerung von Kapitalgewinnen in den EU-Mitgliedstaaten.**
- **Gerechte Verteilung des Reichtums durch Besteuerung der Superreichen im Zuge einer EU-Initiative zur Einführung einer Vermögenssteuer und einer Steuer auf Spitzeneinkommen in den Mitgliedstaaten.**
- **Unterstützung des Europäischen Parlaments in seiner Forderung an die Europäische Kommission, die Möglichkeit einer Verbrauchssteuer auf den Rückkauf von Aktien durch Unternehmen zu prüfen.**
- **Bekämpfung der vom IWF und der EZB festgestellten gewinnbedingten Inflation durch weitere Stärkung des europäischen Rahmens zur Abschöpfung von Zufallsgewinnen, insbesondere auf dem Energiemarkt.**
- **Eindämmung des Steuerwettbewerbs durch Harmonisierung der Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlagen im Einklang mit dem laufenden OECD/G20-Prozess, damit die Unternehmen nicht länger unterschiedliche EU-Rechtsvorschriften ausnutzen, um ihre Steuerzahlungen zu minimieren.**
- **Fortsetzung der Bemühungen um die Einführung einer Finanztransaktionssteuer durch Wiederaufnahme der verstärkten Zusammenarbeit, um eine Finanztransaktionssteuer in so vielen Mitgliedstaaten wie möglich zu erreichen.**
- **Wenn keine globale Einigung über die Umverteilung der Besteuerungsrechte erzielt werden kann, sollte eine Binnenmarktsteuer für in der EU tätige multinationale Unternehmen eingeführt werden.**



- **Sicherung, dass durch die Erhebung von Verkaufssteuern Frauen nicht unverhältnismäßig stark betroffen sind**, insbesondere bei Periodenprodukten.
- Europa braucht ein **gemeinsames Finanzregister und eine Zentralstelle für Geldwäsche-Verdachtsanzeigen, um illegale Finanzströme** durch bessere Überwachung, Rechenschaftspflichten und Strafverfolgung **bekämpfen zu können**. Wir unterstützen die „Unshell“-Richtlinie, die Firmen ein Ende setzen wird, die lediglich zur Steuervermeidung dienen.
- **Auflage von Verpflichtungen für Unternehmen, die Steuervermeidung ermöglichen**. Wir müssen in einem nächsten Schritt Strafen für Vermittler einführen, die ihre Gewinne erzielen, indem sie großen Unternehmen bei der Vermeidung von Steuern helfen.
- Ausweitung **qualifizierter Mehrheitsbeschlüsse in bestimmten Steuerangelegenheiten**.



## 9. EINE HOHE LEBENSQUALITÄT IN STÄDTEN UND REGIONEN

Veränderungen müssen auf globaler, europäischer und nationaler Ebene vorgenommen werden, aber viele müssen regional und lokal erfolgen, um wirksam zu sein.

**Die Frage sozialer Gerechtigkeit und des territorialen Zusammenhalts ist untrennbar mit einem gerechten Wandel verbunden.** Wir brauchen langfristige Lösungen, um sicherzustellen, dass diese Transformation eine industrielle Modernisierung ermöglicht, den sozialen Zusammenhalt fördert, Abwanderung von Menschen, Unternehmen und Talenten aus dem ländlichen Raum verhindert sowie zu einem aktiven und gesunden Lebensstil beiträgt. **Dieser Übergang kann dazu beitragen, Wohlergehen und ein langes Leben für nachfolgende Generationen zu sichern.** Jeder Mensch verdient eine hohe Lebensqualität, unabhängig von der Herkunft, dem Alter, einer Behinderung, dem Geschlecht oder der sexuellen Orientierung.

**Die EU sollte mit einer starken Kohäsionspolitik Solidarität zeigen sowie Regionen, Städte, Küstengebiete, Gebiete in äußerster Randlage, dünn besiedelte und ländliche Gebiete bei der nachhaltigen Umgestaltung unserer Gesellschaften unterstützen.** Wir müssen uns in die Debatte über die Zukunft der Kohäsionspolitik einbringen und dabei auf den progressiven Grundsätzen von Kohäsionspolitik aufbauen. **Wir müssen nachhaltige und bezahlbare Lösungen für alle in den Bereichen Stadtplanung, öffentlicher Verkehr, Wohnungswesen, einschließlich sozialen Wohnraums, Betreuungsdiensten, Gebäude- und Energiewirtschaft und im öffentlichen Raum entwickeln.** Die Bürger\*innen müssen in der Lage sein, fundierte Entscheidungen zu treffen, um aktiv zur Bewältigung des Klimawandels und unserer Umweltkrise beizutragen. Instrumente wie der neue Rahmen für urbane Mobilität, die Initiativen „Stärkung der Verbraucher für den grünen Wandel“ und das „Recht auf Reparatur“ bieten den Bürger\*innen die Möglichkeit, für den grünen Wandel aktiv zu werden und davon zu profitieren. Darüber hinaus können Initiativen wie die EU-Städteagenda und die territoriale Agenda der Europäischen Union nützliche Anhaltspunkte für den Einsatz von Finanzmitteln auf lokaler und regionaler Ebene bieten.

### UNSERE WICHTIGSTEN VORSCHLÄGE

- Vereinfachung und **Flexibilisierung der Regeln und Verfahren der Kohäsionspolitik**, Stärkung des ortsbezogenen Ansatzes, Beibehaltung einer langfristigen Perspektive für Investitionen sowie Schaffung von Synergien mit anderen bestehenden Instrumenten und Fonds sowie

Nutzung der daraus gewonnenen Erkenntnisse.

- Sicherstellung, **dass die Mitgliedstaaten die Voraussetzungen für den Erhalt von Fördermitteln erfüllen.**
- **Bereitstellung der für die Kohäsionspolitik vorgesehenen Fördermittel.** Um die Umsetzung der laufenden Projekte und Programme zur Stärkung des Zusammenhalts in Europa trotz steigender Kosten zu bewältigen, sollte ein Inflationsausgleich in Betracht gezogen werden.
- Die Kohäsionspolitik zählt zu den erfolgreichsten Maßnahmen der EU. Sie dient der Förderung der territorialen Konvergenz, der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung sowie der Gleichstellung und kommt den Bürger\*innen, Regionen, Mitgliedstaaten und der Union insgesamt zugute. Sie ist der deutlichste Ausdruck europäischer Solidarität. **Der nächste mehrjährige Finanzrahmen muss eine starke Kohäsionspolitik gewährleisten und gleichzeitig Maßnahmen für einen effizienten und umfassenden Einsatz der verfügbaren Mittel unterstützen.**
- **Stärkung der Politikgestaltung auf mehreren Ebenen (multilateral governance)**, durch zunehmende Einbeziehung lokaler und regionaler Akteure in die Entscheidungsprozesse, da diese den Bürger\*innen am nächsten stehen.
- **Förderung des Ausbaus der grenzüberschreitenden Verwaltungszusammenarbeit und der damit verbundenen Infrastruktur mit Mitteln aus INTERREG.**
- **Einführung von Erasmus+ für Beamt\*innen der EU-Mitgliedstaaten.**
- Ein umfassendes Kulturangebot und **die Bewahrung der europäischen kulturellen Vielfalt als Grundwert der EU sind ein entscheidendes Element für das Gemeinwohl der Bürger\*innen.**
- **Stärkung der Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften** bei der Umsetzung von Maßnahmen, die das Leben aller Bürger\*innen verbessern und den Zusammenhalt zwischen Städten und Gemeinden fördern.
- **Einführung neuer Dimensionen bei der Prüfung der Auswirkungen auf den ländlichen Raum („Rural Proofing“)**, z.B. demografische Effekte, Schaffung von Arbeitsplätzen, Bildungsmöglichkeiten und geschlechtsspezifische Aspekte, um die Gegebenheiten des ländlichen Raums besser in der EU-Politik zu berücksichtigen.
- **Unterstützung der regionalen und lokalen Behörden** beim Ausbau eines **nachhaltigen und erschwinglichen öffentlichen Nahverkehrs** unter Prüfung kostenloser Beförderungsmodelle für Zielgruppen wie Jugendliche, ältere Menschen und Familien mit geringem Einkommen.



**///EUROPA  
///GEHT VORAN**





## 10. BEZAHLBARER UND HOCHWERTIGER WOHNRAUM FÜR ALLE

**Unsere politische Familie kämpft gegen Obdachlosigkeit und setzt sich vehement für das Recht auf Wohnraum ein.** Für zu viele Europäer\*innen ist es ein großes Problem, bezahlbaren und angemessenen Wohnraum zu finden. **Wir fordern einen europäischen Plan für bezahlbaren Wohnraum**, mit dem der Bau neuer bezahlbarer Wohnungen und die Sanierung des Wohnungsbestands unterstützt wird. Darüber hinaus plädieren wir für eine Reform der Vorschriften für staatliche Beihilfen, damit die nationalen und lokalen Behörden mehr in den öffentlichen Wohnungsbau investieren können. Wir müssen die Mieter\*innen schützen und den Grundsatz der verantwortungsvollen Verwaltung („good governance“) auf allen Ebenen und bei allen Vorschriften im Bereich des Wohnungswesens durchsetzen. Besondere Unterstützung muss u. a. für junge und ältere Menschen bereitgestellt werden, die auf dem Wohnungsmarkt besonders schlechte Aussichten haben. Unsere politische Familie hat sich stark für die Renovierungswelle und die Initiative für bezahlbaren Wohnraum engagiert. Darüber hinaus plädieren wir für ausgewogene Maßnahmen hinsichtlich der Kurzzeitvermietung.

### UNSERE WICHTIGSTEN VORSCHLÄGE

- **Einführung eines europäischen Plans für bezahlbaren Wohnraum**, mit dem die Regeln für staatliche Beihilfen so geändert werden, dass nationale und lokale Behörden mehr in sozialen Wohnungsbau investieren können. Konkret geht es um die Überarbeitung der Richtlinie über Leistungen der Daseinsvorsorge, wobei die Definition des sozialen Wohnungsbaus um Nachhaltigkeitsziele wie soziale Durchmischung und sozialer Zusammenhalt erweitert werden muss.
- **Unterstützung der Renovierungswelle und des Neuen Europäischen Bauhauses** als wesentliche Bestandteile des grünen Wandels, indem erhebliche öffentliche Investitionen für energieeffiziente Renovierungs- und Baumaßnahmen bereitgestellt werden.
- **Nutzung des grünen Wandels und der Renovierungswelle, um die Sicherheit von Gebäuden zu erhöhen.** Entwicklung einer EU-weiten Brandschutzstrategie für Wohngebäude, mit der die Ziele des Grünen Deals und der Schutz besonders gefährdeter Bürger\*innen gewährleistet werden.
- **Festlegung einer europäischen Definition**, nach der bestimmt wird, **welche Gebiete als von Energiearmut bedroht einzustufen sind**, Ermittlung dieser Gebiete im Zuge einer Prüfung des europäischen Gebäudebestands und Durchführung gezielter Maßnahmen in diesen Gebieten.
- **Umsetzung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Spekulation**, um der explosionsartigen Zunahme der kurzfristigen Vermietung von Wohnungen und dem Aufkauf von Wohneigentum durch Investment- und Geierfonds entgegenzuwirken.
- **Unterstützung der Städte bei der Umsetzung und sicheren Finanzierung des Ansatzes, dass die Wohnungsversorgung oberste Priorität hat („Housing First“).**
- **Einführung spezifischer Qualitätskriterien bei Ausschreibungen für öffentliche Wohnungsbauprojekte**, die neben dem finanziellen Angebot stärker zu berücksichtigen sind.
- **Einführung strengerer Vorschriften zur Verhinderung von Wohnungsleerstand** und der Privatisierung von staatlichem oder sozialem Wohnraum.
- **Einbeziehung von Indikatoren für bezahlbaren und hochwertigen Wohnraum in das Europäische Semester.**
- **Förderung eines Anteils von mindestens 30% bezahlbarer Wohnungen bei Neubauten für die untere Einkommensgruppe** und von weiteren 30% für die mittlere Einkommensgruppe.





## 11. ZUGANG ZU BEZAHLBARER UND HOCHWERTIGER PFLEGE UND GESUNDHEITSVERSORGUNG FÜR ALLE

Pflege und Unterstützung müssen Grundwerte unserer Gesellschaft sein. **Der Zugang zu Gesundheitsversorgung, Vorbeugung und Früherkennung von Krankheiten ist ein grundlegender Bestandteil unseres Gesellschaftsmodells. Dies ist auch eines der wichtigsten Anliegen unserer Bürger\*innen.** Bei Covid-19 zeigten sich die großen Unterschiede in den europäischen Gesundheitssystemen und die Bedeutung einer qualitativ hochwertigen und gut finanzierten Gesundheitsversorgung für alle. Uns Sozialdemokrat\*innen ist die wichtige Rolle der Beschäftigten im Gesundheitswesen bewusst und **wir setzen uns für würdige Arbeitsbedingungen, angemessene Löhne und einen starken Arbeitsschutz ein.**

In der Covid-19-Krise wurde deutlich, welche wichtige Rolle der EU bei grenzüberschreitenden Gesundheitskrisen zukommt. Die Gesundheitsbehörden in der EU haben solidarisch zusammengearbeitet. Dies war bislang beispiellos und bot die besten Erfolgsaussichten, unter anderem zwecks Bereitstellung von Impfstoffen für die gesamte Bevölkerung. Ein solches gemeinsames Handeln ist weiterhin wichtig, da die EU auch in Zukunft mit neuen Notsituationen wie Krieg, Inflation, Naturkatastrophen und Klimawandel, zunehmenden Versorgungslücken bei Arzneimitteln und medizinischen Erzeugnissen, dem Risiko neuer Krankheitserreger mit Pandemiepotenzial und steigender Antibiotikaresistenz konfrontiert sein wird. **Die EU sollte daher ihre Bereitschafts- und Einsatzsysteme für medizinische Notfallsituationen stärken.**

Eine hochwertige Gesundheitsversorgung muss für alle bezahlbar und zugänglich sein. **Wir fördern den „One Health“-Ansatz und die Nutzung der Europäischen Gesundheitsunion zur Ergänzung der nationalen Gesundheitssysteme.** Wir erinnern daran, dass sich im Zuge der Covid-19-Pandemie Defizite und Verbesserungsmöglichkeiten gezeigt haben, u. a. in Bezug auf das Gesundheitspersonal sowie die Verfügbarkeit und Bezahlbarkeit von Arzneimitteln. Durch die Zusammenarbeit auf EU-Ebene können solche Probleme in Zukunft vermieden werden. Außerdem ist es höchste Zeit für eine faire Preisgestaltung, Transparenz und einen gleichberechtigten Zugang zu Arzneimitteln. Gleichzeitig

müssen Innovationen in diesem Sektor gefördert werden. Wir müssen koordiniert handeln. Die Europäische Kommission sollte Möglichkeiten zur Koordinierung der freiwilligen gemeinsamen Beschaffung von Behandlungen, Materialien und Ausrüstungen, auch außerhalb von Krisen, erleichtern.

Es ist längst überfällig, die psychische Gesundheit auf die Tagesordnung zu setzen. Wir müssen die Umsetzung einer EU-Strategie für psychische Gesundheit vorantreiben, einen präventiven Ansatz fördern, Ressourcen und Bedürfnisse ermitteln, die Stigmatisierung bekämpfen, Standards anheben und bewährte Verfahren ausweiten. Personen, die unverhältnismäßig stark von psychischen Problemen betroffen sind, wie z. B. Jugendliche, ältere Menschen und Frauen, müssen besonders berücksichtigt werden.

### UNSERE WICHTIGSTEN VORSCHLÄGE

- *Unterstützung von Maßnahmen, die eine **erschwingliche, qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung und Behandlung für alle ermöglichen**, wobei der Grundsatz 16 der Europäischen Säule sozialer Rechte umgesetzt wird, der besagt: „Jede Person hat das Recht auf rechtzeitige, hochwertige und bezahlbare Gesundheitsvorsorge und Heilbehandlung“. Einführung einer ambitionierten Reform des EU-Arzneimittelrechts, bei der der Zugang, die Bezahlbarkeit und die ökologische Nachhaltigkeit der Arzneimittel im Mittelpunkt stehen.*
- *Modernisierung des europäischen Rahmens für die **Organisation der Gesundheitsberufe**, einschließlich einer Überarbeitung der Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und der Entwicklung einer Strategie zur Bekämpfung der Abwanderung von medizinischem Personal in Europa, um den territorialen Zusammenhalt beim Zugang zur Gesundheitsversorgung zu gewährleisten.*
- ***Aufstockung der Investitionen in die öffentliche Gesundheitsversorgung** in städtischen und ländlichen Gebieten, wo dies erforderlich ist, um sicherzustellen, dass Bürger\*innen überall Zugang zu hochwertiger Gesundheitsversorgung haben.*
- ***Verstärkte Maßnahmen der EU zur Bekämpfung nicht übertragbarer oder chronischer Krankheiten**, einschließlich der Umsetzung des europäischen Plans zur Krebsbekämpfung.*
- ***Erhöhung der Anzahl der Ärzt\*innen im Verhältnis zur Einwohnerzahl** und erleichterter Zugang zu ärztlicher Behandlung.*



- Vollständige Nutzung der geteilten Zuständigkeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten für bestimmte Aspekte der öffentlichen Gesundheit. Verbesserung des EU-Rahmens zur Umsetzung von **Maßnahmen in gesundheitlichen Notlagen** und Aufnahme einer Europäischen Gesundheitsunion in eine zukünftige Überarbeitung des EU-Vertrags, um besser gegen zukünftige Pandemien gewappnet zu sein. **Die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für ihre Gesundheitssysteme muss dabei weiterhin gewahrt bleiben.**
- **Vermeidung bzw. weitestgehende Reduzierung von Selbstzahlungen durch Patient\*innen.**
- Förderung und **Investition in geschlechtsspezifische medizinische Forschung.**
- **Reform der öffentlichen Anreize für medizinische Forschung** und Innovation, um die wichtigsten medizinischen Bedürfnisse unserer Patient\*innen und der Gesellschaft besser abzudecken.
- Einführung **von fairen und transparenten Preismodellen für Arzneimittel in Europa.**
- Fortsetzung der **freiwilligen gemeinsamen Beschaffung von Arzneimitteln** und medizinischer Ausrüstung unter Federführung der Europäischen Kommission.
- Antibiotikaresistenzen gehören weltweit zu den größten Bedrohungen für die Gesundheit. **Antibiotika müssen zum Nutzen der gesamten Gesellschaft bedacht eingesetzt werden.** Dies erfordert einen ganzheitlichen EU-Aktionsplan, samt einer erweiterten EU-Liste von Antibiotika, die ausschließlich den Menschen vorbehalten sind, sowie eine bessere Überwachung diesbezüglich, Erfassung und Aufklärung in den EU-Mitgliedstaaten.
- **Umsetzung einer EU-Strategie zur Förderung der psychischen Gesundheit** durch einen verstärkten präventiven Ansatz.
- **Entwicklung und Umsetzung nationaler Strategien zur psychischen Gesundheit** in allen EU-Mitgliedstaaten.
- **Förderung des Grundsatzes der „Einbeziehung von Gesundheitsfragen bei allen politischen Maßnahmen“** in öffentlichen Bereichen wie z.B. Schulen, Sport, Landwirtschaft und Stadtplanung.
- Sicherung der **Verfügbarkeit und Erschwinglichkeit qualitativ hochwertiger Arzneimittel** und Stärkung der ökologischen Nachhaltigkeit in der Arzneimittelproduktion.





## 12. VERBESSERUNG DER QUALITÄT ÖFFENTLICHER DIENSTLEISTUNGEN

### **Öffentliche Dienstleistungen bieten eine Absicherung für die Menschen, die kein eigenes Vermögen besitzen.**

Sie sind für die europäischen Bürger\*innen unverzichtbar und ein entscheidender Bestandteil unserer Gesellschaft. Wir wollen finanziell gut ausgestattete öffentliche Dienste, einschließlich Sozialdienstleistungen, die wesentlich dazu beitragen, dass unsere Gesellschaften gleichberechtigter, stärker und insbesondere in Krisenzeiten resilienter werden. Wir werden uns weiterhin für Investitionen einsetzen, die allen zugutekommen und eine Umverteilung des Wohlstands ermöglichen. **Die EU muss sich für die weitere Stärkung des Sozialstaates einsetzen.**

Dienstleistungen von allgemeinem Interesse sind als zentraler Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft in der EU für den Alltag, den Komfort und die Sicherheit von Bürger\*innen und Unternehmen unerlässlich. Die Wettbewerbspolitik und die Regeln für staatliche Beihilfen müssen den Menschen und nicht den Unternehmensinteressen dienen. Sie dürfen öffentliche und gemeinnützige Alternativen zur Vermarktlichung öffentlicher Dienstleistungen nicht behindern.

Auch die öffentlichen Behörden auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene spielen eine Schlüsselrolle bei der Förderung hochwertiger Arbeitsplätze in Europa. Sie müssen Tarifverhandlungen und die Sicherung der Gewerkschaftsrechte unterstützen und menschenwürdige

Arbeitsbedingungen, faire Vergütung und stabile Verträge gewährleisten. Als Abnehmer privater Waren und Dienstleistungen können sie einen starken Einfluss auf private Unternehmen ausüben. Das öffentliche Beschaffungswesen muss mit starken Sozialklauseln einen effektiven Beitrag dazu leisten. Wir können nicht akzeptieren, dass mit öffentlichen Geldern ein Wettlauf nach unten unterstützt wird.

### UNSERE WICHTIGSTEN VORSCHLÄGE

- **Sicherung eines allgemeinen Zugangs zu hochwertigen und erschwinglichen öffentlichen und kritischen Dienstleistungen als prioritäres Anliegen europäischer Politik.**
- **Unterstützung der Digitalisierung von Sozialdienstleistungen, soweit dies zweckmäßig ist. Aufrechterhaltung eines Offline-Zugangs zu sozialen Dienstleistungen.**
- **Sicherstellung, dass alle öffentlichen Aufträge verbindliche Qualität-, Umwelt- und Sozialklauseln, einschließlich für Tarifbindung, enthalten. Unternehmen, die sich nicht an hohe Sozialstandards, menschenwürdige Arbeitsbedingungen und die Achtung der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte halten, sollten keine öffentlichen Mittel erhalten.**
- **Gewährleistung des Zugangs zu Dienstleistungen von allgemeinem und wirtschaftlichem Interesse durch eine Überarbeitung der De-minimis-Verordnung und der Richtlinie über Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse.**
- **Weitere Investitionen in öffentliche Dienstleistungen und Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel zur Erfüllung ihres Auftrags.**







## II. FÖRDERUNG VON DEMOKRATIE UND GLEICHSTELLUNG

---

Die Verteidigung der Demokratie war schon immer grundlegendes Anliegen unserer politischen Bewegung. **Der Kampf gegen Diktaturen und Autokratie, die Förderung aller Formen von Gleichberechtigung und die Gleichstellung aller Bürger\*innen ist die Motivation für unser politisches Handeln.** Die sozialistische und sozialdemokratische Familie muss sich gerade jetzt für die Verteidigung grundlegender Werte stark machen, die eigentlich selbstverständlich sein sollten, jedoch direkten und indirekten Bedrohungen ausgesetzt sind. Wir erleben, dass einige Regierungen in der EU die Rechtsstaatlichkeit missachten, Rechte der Frauen und der LGBTI-Gemeinschaft besorgniserregende Rückschläge erleiden und einige konservative Kräfte nicht mehr bereit sind, ihrer historischen Verantwortung nachzukommen und rechtsextreme Parteien von der Macht fernzuhalten. Auf internationaler Ebene stellt der russische Einmarsch in die Ukraine eine direkte Herausforderung für die internationale Ordnung dar, die auf der Achtung der Souveränität, multilateralen Vereinbarungen und des Selbstbestimmungsrechts beruhen muss. Die Entwicklung unserer Welt birgt neue Möglichkeiten, aber auch neue Gefahren für ein reibungsloses Funktionieren demokratischer Gesellschaften. Die Rolle, Freiheit und Unabhängigkeit der Medien, die Zukunft der sozialen Medien und die Regulierung der künstlichen Intelligenz sind Schlüsselbereiche, in denen die Politik aktiv werden muss, um Pluralität und Freiheit als zentrale Bestandteile der Demokratie des 21. Jahrhunderts zu schützen. Die folgenden Ziele sind für uns richtungsweisend für eine starke Verteidigung der Demokratie in Europa und darüber hinaus.



### 13. VERTEIDIGUNG VON DEMOKRATIE UND RECHTSSTAATLICHKEIT

Wir haben erlebt, dass die Rechtsstaatlichkeit, die Medienfreiheit und die Grundrechte ernsthaft in Frage gestellt werden. Durch den Aufstieg rechtsextremer Kräfte kommt es zu Angriffen auf die Rechte von Frauen, der LGBTI-Gemeinschaft, Migrant\*innen, Asylbewerber\*innen und Geflüchteten. **Wir müssen die Rechte besonders gefährdeter Gruppen schützen, die durch rechtsextreme Politik am stärksten betroffen sind.** Wir müssen die Unabhängigkeit der Justiz und der Richter, das Recht aller Menschen auf ein faires Gerichtsverfahren, die NRO und Aktivist\*innen sowie die Meinungs- und Pressefreiheit schützen. **Der an die Rechtsstaatlichkeit geknüpfte Konditionalitätsmechanismus muss umfassend und entschlossen angewendet werden.** Eine Aufhebung einer Maßnahme im Rahmen des Mechanismus darf nur erfolgen, wenn der betroffene Mitgliedstaat glaubhaft nachgewiesen hat, dass die festgestellten systematischen Mängel vollständig behoben wurden. **Die Gewährung von EU-Mitteln an die Mitgliedstaaten muss immer an die Bedingung geknüpft sein, dass die von uns allen vereinbarten demokratischen und menschlichen Grundwerte** in vollem Umfang geachtet und wirksame Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung eingesetzt werden. Darüber hinaus müssen wir die Europäische Kommission mit wirksameren Instrumenten zum Schutz unserer Demokratie und zur Stärkung der demokratischen Rolle des Europäischen Parlaments ausstatten und ihm das Recht zur Gesetzesinitiative einräumen.

**Die SPE verurteilt die Annäherung einiger Parteien der traditionellen Rechten und der Liberalen an rechtsextreme Kräfte** und deren Bereitschaft, mit diesen Kräften auf allen Ebenen zusammenzuarbeiten. Wir müssen die Normalisierung rechtsextremer Kräfte bekämpfen, die zu deren Aufstieg und Zugang zur Regierung beiträgt. Eine solche Normalisierung wird auch von jenen traditionellen rechten Parteien gefördert, die sich zunehmend rechtsextremer Diskurse bedienen und dadurch zur Verbreitung dieser politischen Ansätze in der Gesellschaft beitragen. Darüber hinaus stehen mehrere rechtsextreme Bewegungen, die die Entwicklung des europäischen Projekts blockiert haben, den Interessen Russlands in seinem illegalen Krieg gegen die Ukraine besonders nahe.

**Wir unterstützen die Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Gestaltung der Zukunft unserer Gesellschaft und verurteilen alle Regierungen und Bewegungen, die Nichtregierungsorganisationen und Aktivist\*innen, aber auch Journalist\*innen und Whistleblower\*innen** wegen ihrer

Tätigkeit bedrohen. Medienfreiheit und Pluralismus sind in der Charta der Grundrechte der EU als Grundpfeiler jeglicher Demokratie fest verankert. **Wir werden uns für den Erhalt und die Förderung von Pluralismus und Unabhängigkeit der Medien einsetzen.** In diesem Zusammenhang ist die Verabschiedung eines starken Europäischen Rechtsakts zur Medienfreiheit von besonderer Relevanz. Für uns sind missbräuchliche Gerichtsverfahren inakzeptabel, deren Zweck darin besteht, Journalist\*innen, Menschenrechtler\*innen, Akademiker\*innen und andere Personen, die sich am öffentlichen Leben beteiligen, zum Schweigen zu bringen. Deshalb unterstützen wir voll und ganz den Vorschlag für eine Richtlinie zum Schutz vor strategischen Klagen gegen öffentliche Beteiligung (SLAPP-Klagen), der eine weitere Errungenschaft unserer Parteienfamilie ist. Gleichzeitig ist klar, dass wir eindeutige Regeln brauchen, damit die sozialen Medien eine konstruktive und keine destruktive Rolle für die Demokratie spielen. Wir dürfen nicht zulassen, dass durch kurzfristige Geschäftsinteressen von Big-Tech-Unternehmen die Demokratie untergraben wird. Zusätzlich dazu müssen strenge Sicherheitsvorkehrungen geschaffen werden, um böswilliger ausländischer Einflussnahme und Missbrauch vorzubeugen. Wir freuen uns auf die Prüfung des Vorschlags der Europäischen Kommission für das Paket zur Verteidigung der Demokratie, in dem eine umfassende Strategie zu diesem Thema vor der Europawahl 2024 dargelegt werden soll.

**Als Sozialdemokrat\*innen sind wir der Meinung, dass Transparenz, Rechenschaftspflicht und Integrität wesentliche Grundsätze innerhalb der EU-Institutionen sind.** Unethisches Verhalten Einzelner muss verhindert, verfolgt und verurteilt werden, da es die Glaubwürdigkeit der Union insgesamt untergräbt und eine Bedrohung für die Demokratie und das öffentliche Vertrauen darstellt. Es kommt daher darauf an, das Vertrauen in die Entscheidungsprozesse und die Demokratie der Union zu stärken, wenn wir verhindern wollen, dass rechtsextreme und andere rückschrittliche Bewegungen versuchen, unsere Grundsätze, Werte und Institutionen zu untergraben.

**Die Demokratie ist der Grundstein, auf dem die EU errichtet wurde. Ohne sie kann keine Gesellschaft wirklich integrativ, frei und gleichberechtigt sein.** Wir wollen Demokratie und bürgerschaftliches Engagement auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene fördern. Es kommt darauf an, dass in unserer Demokratie alle Stimmen berücksichtigt und vertreten werden. Politische Teilhabe und Vertretung müssen daher uneingeschränkt zugänglich und integrativ sein. Demokratische Gesellschaften müssen allen Bürger\*innen eine wirksame Stimme verleihen, und zwar nicht nur bei den Wahlen, sondern indem sie sie durch geeignete Konsultationsprozesse und Beteiligungsmechanismen wie Bürgerhaushalte dazu dauerhaft auf nationaler und lokaler Ebene in die Lage versetzen.



#### UNSERE WICHTIGSTEN VORSCHLÄGE

- **Vollständige Ausschöpfung des Vertrags von Lissabon**, um die bestmögliche Umsetzung der europäischen Politik zu gewährleisten und die Entscheidungsprozesse in der EU zu verbessern, einschließlich der Aktivierung der Brückenklauseln zur Ausweitung der Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit im Rat.
- **Rechtzeitige und vollständige Umsetzung des an die Rechtsstaatlichkeit gebundenen Konditionalitätsmechanismus** sowie anderer Instrumente und Mechanismen zum Schutz der finanziellen Interessen der EU.
- **Umfassende und konsequente Anwendung klarer Fristen für die Empfehlungen im Jahresbericht der Europäischen Kommission zur Rechtsstaatlichkeit** und Festlegung klarer Verweise zwischen dem Bericht und anderen Instrumenten zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit, die zur Anwendung kommen könnten, wenn die Empfehlungen von Mitgliedstaaten ignoriert werden. Dazu gehören das Verfahren nach Artikel 7, das Vertragsverletzungsverfahren oder auch der Konditionalitätsmechanismus.
- **Reform des Verfahrens nach Artikel 7**, damit die Kommission und die Mitgliedstaaten bei schwerwiegenden Verstößen gegen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte in den EU-Mitgliedstaaten schneller handeln können.
- **Kampf gegen die Normalisierung rechtsextremer Parteien und Diskurse. Verteidigung einer „Brandmauer“** demokratischer und EU-freundlicher Fraktionen im Europäischen Parlament gegenüber rechtsextremen Parteien durch Entwicklung unserer eigenen fortschrittlichen Narrativen.
- **Förderung von Gebieten, die in ihrer Entwicklung benachteiligt sind** und dadurch einen Nährboden für Unzufriedenheit und den Aufstieg rechtsextremer Parteien bilden. Dazu müssen **mit Lösungen vor Ort** Chancen für alle geschaffen, lokale Innovationen gefördert und das öffentliche Engagement auf lokaler und regionaler Ebene gestärkt werden.
- **Bekämpfung wirtschaftlicher Ungleichheiten und Unsicherheiten**, die erfahrungsgemäß dazu führen, dass das Vertrauen in das demokratische System und die Parteien sinkt und die Menschen eher in die Arme rechtsextremer Parteien getrieben werden.
- **Ausstattung der Europäischen Kommission mit wirksameren Instrumenten** zum Schutz unserer Demokratie und Ausrichtung des bevorstehenden Pakets zur Verteidigung der Demokratie auf sozialdemokratische Werte.
- **Förderung eines aktiven bürgerschaftlichen Engagements** durch partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft auf allen Ebenen und in allen Institutionen.



- **Schutz von Journalist\*innen, Whistleblower\*innen, Aktivist\*innen der Zivilgesellschaft und der Medienfreiheit.** Uneingeschränkte Unterstützung einer Richtlinie zum Schutz vor strategischen Klagen gegen öffentliche Beteiligung.
- **Festlegung klarer Regeln für die Betreibung sozialer Medien**, um insbesondere die Verbreitung bösartiger Falschnachrichten zu unterbinden.
- **Aktive Schutzmaßnahmen gegen ausländische Einmischung in kritische Medien.** Mit den Plattformen sozialer Medien müssen Algorithmen zur besseren Erkennung von Falschinformationen entwickelt und Programme zur Stärkung der digitalen und Medienkompetenz geschaffen werden, um den Widerspruch der Öffentlichkeit gegenüber Falschinformationen zu stärken. Gleichzeitig müssen Sanktionen gegen große Technologieunternehmen unterstützt werden, die gegen dieses Problem nicht aktiv vorgehen.
- **Schaffung eines starken Europäischen Rechtsakts zur Medienfreiheit**, um den Pluralismus und die Unabhängigkeit der Medien in der EU zu sichern.
- **Umkehrung der Tendenz zum Rückgang des zivilgesellschaftlichen Raums** in der EU durch verstärkte Anerkennung, Schutz und Förderung des Engagements von zivilgesellschaftlichen Akteuren.
- **Aufruf an die EU-Institutionen, ihre Vorgaben bezüglich Ethik und Integrität abzustimmen** und durch wirksame Überwachung und Kontrolle stärker durchzusetzen.
- **Erhöhung der Transparenz und der demokratischen Kontrolle bei der Verwendung von EU-Mitteln** und strafrechtliche Ermittlung und Verfolgung von Personen und Organisationen, die sich des Betrugs mit EU-Mitteln schuldig gemacht haben, mit Unterstützung von EPPO und OLAF, die mit den erforderlichen Befugnissen und ausreichenden personellen und finanziellen Mitteln ausgestattet werden müssen.



**///EUROPA  
///GEHT VORAN**





## 14. EIN EUROPA OHNE DISKRIMINIERUNG, DAS GLEICHBEHANDLUNG FÜR ALLE SICHERT

**Europa darf nicht wegschauen, wenn es um die Verteidigung der Menschenrechte geht.** Wir erleben in ganz Europa zunehmend Rückschläge und Widerstand gegen die Gleichstellung der Geschlechter, Frauenrechte und LGBTI-Rechte. Diese Angriffe sind mit einer Aushöhlung der Demokratie verbunden und untergraben die europäischen Werte und Grundrechte. Die SPE fordert die Umsetzung einer EU-Charta der Frauenrechte, in der die sich überschneidenden Ungleichheiten berücksichtigt werden, denen Frauen in ihrer ganzen Vielfalt ausgesetzt sind, und die sicherstellt, dass Frauenrechte niemals widerrufen werden können.

**Frauen müssen auf allen Ebenen gleichberechtigt in Entscheidungen, Verhandlungen und Lösungen eingebunden sein. Der Kampf für die Rechte der Frauen ist ein zentrales Anliegen unserer Parteienfamilie.** Die SPE bekennt sich uneingeschränkt zum nachhaltigen Entwicklungsziel, bis 2030 eine vollständige Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen. Wir sind die treibende Kraft hinter der EU-Gleichstellungsstrategie 2020-2025 und der EU-Pflegestrategie. Wir sind stolz darauf, dass unsere Parteienfamilie nach 10-jährigem Kampf die Verabschiedung der Richtlinie über Frauen in Aufsichtsräten erreicht, auf die Verabschiedung einer strengen Richtlinie über Lohntransparenz gedrängt und sich für den Beitritt der EU zur Istanbul-Konvention eingesetzt hat. Die EU ist jedoch noch weit von der Union der Gleichberechtigung entfernt, die wir anstreben. Wir müssen das geschlechtsspezifische Gefälle bei Betreuungs- und Pflegeaufgaben sowie den überproportionalen Anteil von Frauen und ihre mangelnde Wertschätzung im Bereich der informellen Pflege überwinden. Wir müssen das Gleichverdiener-Modell („Equal Carer – Equal Earner“-Modell) in die Tat umsetzen. Der Wert der Pflegeleistungen, die Frauen und andere Personen erbringen, muss gebührende Anerkennung finden. Wir brauchen eine europäische feministische Wirtschaft, die bestehende geschlechtsspezifische Vorurteile nicht verstärkt, sondern jegliche Formen von Diskriminierung bekämpft. Die Wertschätzung der Pflegewirtschaft ist ein Schritt zum Abbau des geschlechtsspezifischen Lohn- und Rentengefälles und geschlechtsspezifischer Ungleichheiten

auf dem Arbeitsmarkt.

**Die Gleichstellung der Geschlechter ist ein Querschnittsthema, das bei allen politischen Entscheidungsprozessen von Anfang bis Ende stets berücksichtigt werden sollte.** Um unsere Ziele einer europäischen feministischen Wirtschaft zu erreichen, sollten bei allen finanziellen Entscheidungen auf europäischer und nationaler Ebene Gleichstellungsaspekte mitberücksichtigt und geschlechterdifferenzierte Folgenabschätzungen vorgenommen werden. Dies gilt auch für den mehrjährigen Finanzrahmen, insbesondere in wirtschaftlichen Übergangssituationen, sowie für die Neuzuweisung von EU-Mitteln zur Förderung von Gleichstellungsmaßnahmen. Wir drängen darauf, dass die EU eine formelle Ratsformation für Geschlechtergleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung einrichtet und eine intersektionale feministische Außenpolitik betreibt.

**Wir werden uns im Rat für die Freigabe der Antidiskriminierungsrichtlinie einsetzen, um sicherzustellen, dass die EU einen umfassenden Schutz vor Diskriminierung in allen Lebensbereichen bietet,** ungeachtet des Geschlechts, der Rasse oder ethnischen Herkunft, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Orientierung einer Person. Rassismus und andere Formen der Diskriminierung sind nach wie vor ein echtes Problem in unseren Gesellschaften, und wir werden uns weiterhin für offene und integrative Gesellschaften einsetzen. **Vielfalt ist Teil des Reichtums unseres Kontinents.**

In einer Union der Gleichstellung müssen die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte, einschließlich des Rechts auf eine kostenlose, sichere und legale Abtreibung sowie kostenlos verfügbare, sichere und moderne Verhütungsmittel für alle Menschen in der EU gewährleistet sein. Das ist nicht nur eine Frage der Gesundheitsversorgung, sondern auch der Grundrechte.

**Wir wollen das Recht auf freie, sichere und legale Abtreibung in die EU-Charta der Grundrechte aufnehmen.** Außerdem wollen wir ein Recht auf umfassende Aufklärung über Sexualität und Beziehungen einführen sowie einen einfachen, legalen und sicheren Zugang zu erschwinglichen Verhütungsmitteln, Schwangerschaftsabbrüchen und Monatshygiene sichern. Diese Rechte müssen auch auf die LGBTI-Gemeinschaft ausgedehnt werden, da eine Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität in der Demokratie keinen Platz hat.



### UNSERE WICHTIGSTEN VORSCHLÄGE

- **Freigabe der Antidiskriminierungsrichtlinie** im Rat als Instrument zur Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung.
- **Stärkung und Ausbau von Gleichstellungseinrichtungen und Gewerkschaften**, um erfolgreich gegen strukturelle Diskriminierung, ggf. durch Sammelklagen, vorzugehen.
- Maßnahmen zur **Beseitigung des geschlechtsspezifischen Lohn- und Rentengefälles** durch: Vollständige Umsetzung der EU-Richtlinie über Frauen in Aufsichtsräten, der EU-Richtlinie über die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben und der EU-Richtlinie über Lohntransparenz in nationales Recht und enge Überwachung der Umsetzungsberichte.
- **Umsetzung und Weiterentwicklung der europäischen Pflegestrategie zu einem ganzheitlichen „Pflegeabkommen für Europa“.**
- **Bekämpfung von Geschlechterklischees und aufkommenden Bewegungen gegen „Gender-Ideologie“, „Feminismus“ und LGBTI**, die gegen die Gleichstellung der Geschlechter, die Rechte der Frauen und die Rechte von LGBTI-Personen gerichtet sind, indem alle erforderlichen Schritte unternommen werden, um eine EU-Charta der Frauenrechte zu erarbeiten und umzusetzen.
- **Vollständige Umsetzung der geschlechtsspezifischen Verpflichtungen in den nationalen Aufbau- und Resilienzplänen.**
- Engagement für die **vollständige Achtung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der damit verbundenen Rechte.**
- **Aufnahme des Rechts auf Abtreibung in die EU-Charta der Grundrechte.**
- Gewährleistung eines **einfachen, legalen, sicheren und erschwinglichen Zugangs zu Verhütungsmitteln, Schwangerschaftsabbrüchen, Monatshygiene und Fürsorge** in den Wechseljahren.
- Alle jungen Menschen in Europa sollten Zugang zu **obligatorischer, altersgerechter, wissenschaftlicher und umfassender Sexualerziehung sowie Aufklärung über gesunde sexuelle Beziehungen** und frühzeitigen Informationen über böswillige Offenlegung privater Informationen, Rache-Pornos und ausbeuterische pornographische Materialien haben.
- **Kampf für den umfassenden Schutz der Rechte von LGBTI-Personen** und Umsetzung der Strategie zur Gleichstellung von LGBTI-Personen.
- **Verabschiedung der Verordnung über die Anerkennung der Elternschaft**, um die Rechte von Kindern in grenzüberschreitenden Situationen zu stärken, was insbesondere für Regenbogenfamilien von Bedeutung ist.
- **Umsetzung der EU-Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2021-2030.** Zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen und ihren Familien müssen bei allen politischen Maßnahmen behindertengerechte Lösungen mitbedacht werden.
- **Einführung eines umfassenden EU-weiten Behindertenausweises**, der die Freizügigkeit von Menschen mit Behinderungen wirksam gewährleistet.
- **Durchgängige Berücksichtigung von Gleichstellungsaspekten und geschlechterdifferenzierte Folgenabschätzungen bei der Haushaltsplanung** in allen Bereichen der europäischen Politik, einschließlich in wirtschaftlichen Übergangszeiten wie dem grünen und digitalen Wandel.
- **Einrichtung einer formellen und ständigen Ratsformation für Geschlechtergleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung** und **Verabschiedung einer intersektionalen feministischen Außenpolitik.**
- Einbeziehung von **geschlechtsspezifischen Aspekten der Haushaltsplanung in den künftigen MFR 2027-2033.**
- **Umfassende Auswertung der Gleichstellungsstrategie 2020-2025** und Einbeziehung der Ergebnisse in eine **Gleichstellungsstrategie 2.0 für 2025-2030** mit eigenen Haushaltsmitteln.
- **Umfassende Auswertung der LGBTI-Strategie 2020-2025** und Einbeziehung der Ergebnisse in eine **LGBTI-Strategie 2.0 für 2025-2030.**
- **Stärkung des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen.**
- **Sicherstellung der Geschlechterparität im Kollegium der Kommissionsmitglieder** sowie **Einsetzung einer\*r Kommissar\*in mit Portfolio zu Gleichstellungsfragen.**



## 15. SCHLUSS MIT GESCHLECHTSSPEZIFISCHER GEWALT

Im Rahmen der EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter **werden wir uns für die Beseitigung geschlechtsspezifischer Gewalt in allen Altersgruppen einsetzen und dazu Instrumente wie die EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt einsetzen und geschlechtsspezifische Gewalt in die Liste der EU-Straftatbestände aufnehmen.** Wir werden die rasche und umfassende Ratifizierung der Istanbul-Konvention durch die EU aufmerksam verfolgen und uns weiterhin für die Ratifizierung der Istanbul-Konvention durch alle EU-Mitgliedstaaten und alle Länder in der Welt einsetzen. Die EU muss einen speziellen Rahmen zur Bekämpfung von Online-Gewalt und Computerkriminalität einführen, die das Recht von Frauen beeinträchtigen, sich gleichberechtigt, frei und ohne Angst zu äußern. Wir werden uns für spezielle Rahmenbedingungen einsetzen, die Frauen aller Altersgruppen vor sexueller Belästigung, sexueller Ausbeutung, Online-Gewalt, einschließlich böswilliger Offenlegung privater Informationen, Rache-Pornos, Cyber-Belästigung oder drohenden Verhaltens schützen.

### UNSERE WICHTIGSTEN VORSCHLÄGE

- **Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt durch Annahme eines umfassenden Rechtsrahmens**, der die andauernde Gewalt gegen Frauen und Mädchen unterbindet. Verabschiedung einer speziellen und erweiterten Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, die Vergewaltigung anhand des Prinzips der Zustimmung definiert und alle Formen von sexuellem (einschließlich verbalem und nicht körperlichem) Missbrauch und Online-Gewalt gegen Frauen und Mädchen unter Strafe stellt.
- **Erweiterung der Liste der EU-Straftatbestände** gemäß Artikel 83 Absatz 1 AEUV, um EU-weit sexuelle Rechtsvorschriften für Vergewaltigung und sexuelle Übergriffe einzuführen, die auf dem Ansatz „Ja heißt Ja“ beruhen.
- **Festlegung einer einheitlichen EU-Definition von Femizid** und Verbesserung der Datenerhebung zu diesem Problem sowie zu geschlechtsspezifischer Gewalt auf nationaler und EU-Ebene.

- **Umsetzung einer speziellen Richtlinie, die Online- und Cyber-Gewalt** gegen Frauen und Mädchen bekämpft.
- **Aufruf zur Ratifizierung des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) und des Übereinkommens der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) zur Bekämpfung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt** durch die EU und Beitritt zu diesen beiden Übereinkommen.
- **Einführung obligatorischer Schulungen zur Prävention geschlechtsspezifischer Gewalt** und zur Sensibilisierung von Ersthelfer\*innen.
- **Überwachung der Ratifizierung der Istanbul-Konvention durch die EU** und Einsatz für deren Ratifizierung durch alle EU-Mitgliedstaaten.
- **Anerkennung von Hassreden und Hassverbrechen als eine Form der Gewalt und Aufnahme von Hassreden und Hassverbrechen**, einschließlich solcher gegen Frauen und Mädchen, **in die Liste der EU-Straftatbestände.**
- **Schließung von Gesetzeslücken in den Vorschriften zur Bekämpfung von Diskriminierung und Hassverbrechen**, um sexuelle Orientierung, Geschlechtsidentität und Geschlechtsmerkmale angemessen abzudecken.
- **Einführung und Förderung bildungspolitischer Präventionsmaßnahmen in der frühkindlichen Erziehung, in Schulen und Universitäten**, um geschlechtsspezifische Gewalt zu bekämpfen.





## 16. EIN EUROPA, DAS SICH FÜR SEINE KINDER UND JUGENDLICHEN EINSETZT

Wir haben mit der Initiative für eine Europäische Garantie für Kinder und der verstärkten Europäischen Jugendgarantie die künftigen Generationen in den Fokus gerückt und allen jungen Menschen in der EU, einschließlich derjenigen, die weder eine Arbeit haben noch eine schulische oder berufliche Ausbildung absolvieren, hochwertige Beschäftigungs- und Bildungsangebote garantiert. Wir werden uns weiterhin für einen gleichberechtigten Zugang zu hochwertiger und inklusiver frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung für alle Kinder in Europa, gut finanzierte und integrative Schulen, bessere Arbeitsbedingungen für Betreuer\*innen, Erzieher\*innen und Lehrer\*innen sowie für den Abbau der Jugendarbeitslosigkeit einsetzen, denn wir sind von der transformativen Kraft von Bildung fest überzeugt. Eine kostenlose, qualitativ hochwertige Bildung auf allen Ebenen und mit der notwendigen finanziellen Unterstützung muss für alle zugänglich sein, um die Schulabbruchquote und Jugendarbeitslosigkeit zu verringern. Wir fordern eine wirksame und zielgerichtete Umsetzung des Europäischen Bildungsraums bis 2025, unter anderem durch die automatische gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen, um einen grenzüberschreitenden Zugang zu Bildung und Beschäftigung zu ermöglichen. Darüber hinaus setzen wir uns für die Anerkennung außerschulischer und informeller Lernerfahrungen sowie für die Stärkung der Jugendarbeit ein. Außerdem fordern wir die Schaffung eines EU-Rechtsrahmens, der ausschließlich bezahlte Praktika zulässt. Dabei sollten die Besonderheiten der einzelnen Mitgliedstaaten und das Subsidiaritätsprinzip berücksichtigt werden. Jeder verdient eine angemessene Bezahlung für seine Arbeit. Alter ist ein Querschnittsthema, das in allen Politikbereichen berücksichtigt werden muss. Deshalb muss die Politik den Bedürfnissen der Jugend und aller Generationen Rechnung tragen. **Wir müssen dafür sorgen, dass die jüngeren Generationen stets eine bessere Zukunft haben als ihre Eltern, um generationsübergreifende Gerechtigkeit und sozialen Fortschritt zu gewährleisten.**

### UNSERE WICHTIGSTEN VORSCHLÄGE

- Unterstützung des von der S&D-Fraktion angeführten Aufrufs des Europäischen Parlaments, **mindestens 20 Milliarden Euro für die Europäische Kindergarantie bereitzustellen** und sich für ehrgeizigere Ziele zur Verminderung von Kinderarmut einzusetzen.
- Einführung **verbindlicher Qualitätsstandards für Angebote im Rahmen der Jugendgarantie**, einschließlich fairer Entlohnung und Sozialschutz.
- Erhöhung der **Fördermittel für die Jugendgarantie**.
- **Intensive Förderung und Investitionen in eine inklusive und zugängliche berufliche Aus- und Weiterbildung**, Stärkung der Attraktivität und Sichtbarkeit der Angebote.
- **Alle Praktika, Lehrstellen und Ausbildungsverhältnisse auf dem offenen Arbeitsmarkt müssen bezahlt und ausbeuterische Praktiken verhindert werden. Eine EU-Gesetzesinitiative über einen Qualitätsrahmen für Praktika**, bei dem nationale Besonderheiten und das Subsidiaritätsprinzip berücksichtigt werden, wird Millionen junger Menschen in ganz Europa zugute kommen.
- **Klare Zielstellungen und Maßnahmen, um den Europäischen Bildungsraum bis 2025 effektiv umzusetzen**, wie z. B. die automatische gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen in der gesamten EU.
- **Anerkennung außerschulischer und informeller Lernerfahrungen und Jugendarbeit**.
- **Ausweitung von Erasmus+**, um möglichst viele Schüler\*innen, Auszubildende und Studierende, insbesondere Jugendliche aus benachteiligten sozialen Verhältnissen, in das Programm einzubeziehen.
- **Einführung eines „grünen Erasmus“**, um verstärkt grüne Arbeitsplätze in den Mittelpunkt zu rücken. Erleichterung des Zugangs junger Menschen zu grünen Arbeitsplätzen durch gemeinsam mit den Sozialpartnern entwickelte Bildungs- und Qualifizierungsprogramme und eine aktive Arbeitsmarktpolitik.
- **Unterrichtung von mindestens zwei Fremdsprachen ab der frühkindlichen Bildung**.
- **Sicherstellung, dass alle Menschen über die Mittel und Kenntnisse verfügen, um digitale Dienste nutzen zu können**.
- **Aufruf zur Stärkung des EU-Jugenddialogs**, um den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen jungen Menschen und Entscheidungsträger\*innen zu gewährleisten und gleichzeitig neue Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen zu schaffen.



**PES**

SOCIALISTS &  
DEMOCRATS

**///EUROPA  
///GEHT VORAN**

## 17. FÖRDERUNG DER SOLIDARITÄT ZWISCHEN DEN GENERATIONEN IN EUROPA

Unsere Parteienfamilie setzt sich für die Solidarität zwischen den Generationen ein, um sich besser auf die Herausforderungen der Zukunft und die Alterung der europäischen Bevölkerung einzustellen. **Wir kämpfen für die Rechte der Bürger\*innen aller Altersgruppen. Wir wollen ein Europa, das ein selbstbestimmtes Leben in Würde und Wohlergehen in allen Lebensphasen gewährleistet.** Wir setzen uns für die Rechte der Arbeitnehmer\*innen aller Altersgruppen ein. Dazu gehören menschenwürdige Arbeitsbedingungen und Löhne sowie Angebote des lebenslangen Lernens. Die Rentensysteme müssen öffentliche Einkommensquellen für das Rentenalter bleiben und gleichstellungsrelevante Aspekte sowie Unterbrechungen der Berufstätigkeit angemessen berücksichtigen. Dazu gehören

auch bezahlbare Pflege- und Gesundheitsdienste für alle Altersgruppen, Investitionen in altersgerechte Wohnungen und altersfreundliche Gemeinden. Unsere Parteienfamilie betont das Recht auf Nichtdiskriminierung und politische und staatsbürgerliche Beteiligungsmöglichkeiten in jedem Alter. Wir wollen auch eine angemessene Finanzierung bereitstellen, um den europäischen Kulturbereich nachhaltig zu sichern. Kultur ist mit ihren vielfältigen Ausdrucksformen ein wesentlicher Bestandteil der europäischen Identität. Dazu gehört die Vermittlung digitaler Kompetenzen bei gleichzeitiger Beibehaltung von Offline-Alternativen in Verwaltungsangelegenheiten. Wir müssen ferner dafür sorgen, dass die Verkehrsnetze gut zugänglich und Fuß- und Radwege sicher sind.





## UNSERE WICHTIGSTEN VORSCHLÄGE

- **Investitionen in altersgerechte Wohnungen**, öffentliche Angebote für betreutes Wohnen und Pflegeheime. Unterstützung der lokalen Behörden bei progressiven Initiativen, wie z. B. dem Zusammenleben mehrerer Generationen und altersgerechten Bauprojekten.
- Unterstützung der lokalen Behörden bei der **Gestaltung und Finanzierung altersfreundlicher Städte und Gemeinden** im Einklang mit den von der Weltgesundheitsorganisation geförderten Konzepten.
- Bereitstellung von Leitlinien und Beispielen bewährter Praktiken aus verschiedenen Politikbereichen für die EU-Mitgliedstaaten zur **Prävention und Bekämpfung von Diskriminierung aus Altersgründen**.
- **Erarbeitung eines Weißbuchs über das Älterwerden** mit möglichen sozialen und wirtschaftlichen Maßnahmen in Europa in Bezug auf den Arbeitsmarkt, die Arbeitsqualität, aktives Altern, Pflege- und Gesundheitsleistungen und die „Seniorenwirtschaft“.
- **Fortgesetzte Förderung von lebenslangem Lernen** als Teil des Europäischen Bildungsraums. Unterstützung von lebenslangem Lernen sowie formeller und informeller Bildungsangebote für alle Altersgruppen.
- Die EU sollte einen **Europäischen Bildungsplan entwickeln**, der mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden muss, **um Bildung und lebenslanges Lernen** auf hohem Niveau in der gesamten Union zu

## gewährleisten.

- Sicherung einer **nachhaltigen Finanzierung von Kultur und des Zugangs zu Kulturangeboten** für alle Altersgruppen, u. a. durch die Förderung von Jugendzentren und lokalen Kulturprojekten.
- **Fortsetzung des Programms Kreatives Europa** zur Förderung und zum Schutz von Kultur sowie des kulturellen Erbes und der kulturellen Vielfalt.
- Berücksichtigung des Grundsatzes 15 der Europäischen Säule sozialer Rechte zu Alterseinkommen und Renten im Zuge der Überwachung und politischen Empfehlungen der Europäischen Union, um wirklich **gerechte Renten sowohl für Frauen als auch für Männer zu gewährleisten**.
- Förderung **hoher Standards bei den Renten**, um in der gesamten EU ein würdiges Leben im Alter zu ermöglichen.
- Umsetzung der Empfehlung des Rates zur **Überarbeitung der Barcelona-Ziele für die frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung**.
- **Beibehaltung von Offline-Optionen für Verwaltungsangelegenheiten**.
- Im nächsten **Arbeitsprogramm** der Kommission sollten **Fragen, die die jungen und älteren Menschen betreffen**, sowie aktives Altern und die Solidarität zwischen den Generationen **im Vordergrund stehen**.



**PES**

SOCIALISTS &  
DEMOCRATS

**///EUROPA  
///GEHT VORAN**

## 18. EINE KOORDINIERTE EUROPÄISCHE ASYL- UND MIGRATIONSPOLITIK

Migration ist ein Strukturmerkmal menschlicher Gesellschaften und Bestandteil der Globalisierung. In diesem Sinne erfordert die Migration ein geschlossenes, multilaterales und mehrstufiges Handeln, das auf gemeinsamer Verantwortung, der Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts beruht. **Es ist unsere moralische und rechtliche Pflicht, den in die EU kommenden Asylbewerber\*innen Asyl, Schutz und eine menschenwürdige Behandlung zu gewähren, unabhängig von ihrer Herkunft und allen anderen Erwägungen.** Wir müssen den Kampf gegen Schmuggler und Menschenhändler fortsetzen, die Hunderte von Menschen rücksichtslos in den Tod führen. Wir brauchen einen gemeinsamen, vorhersehbaren und zuverlässigen Rahmen für Such- und Rettungseinsätze, einschließlich der raschen Landung an einem sicheren Ort. **Unsere Parteienfamilie hat einen fortschrittlichen Migrations- und Asylpakt vorgeschlagen, mit dem anstatt krisenbedingter Ad-hoc-Reaktionen ein gerechter, sicherer, nachhaltiger und berechenbarer Ansatz möglich ist.** Die europäischen Mitgesetzgeber müssen alle Anstrengungen unternehmen, um vor Ablauf dieses politischen Mandats eine Einigung zu erzielen. Mit dem Pakt werden hohe Schutzstandards für die an den EU-Grenzen eintreffenden Personen gewährleistet und die Aufnahmeverfahren vereinfacht. Das gemeinsame Asyl- und Migrationssystem der EU muss auf echter Solidarität und gemeinsamer Verantwortung, fairen und effizienten Verfahren, humanen Aufnahmebedingungen, gleichberechtigten Partnerschaften mit Drittländern, legalen Migrationsrouten und effektiver Integration beruhen. Kein Mitgliedstaat, keine Region oder Stadt sollten eine unverhältnismäßig hohe Verantwortung tragen. Nur gemeinsam und mit den richtigen politischen Maßnahmen können wir die Herausforderungen zu Chancen umwandeln.

Die Geschlossenheit, mit der die Länder und Bürger\*innen der EU die vielen ukrainischen Geflüchteten aufgenommen und rasch die Richtlinie über den vorübergehenden Schutz aktiviert haben, zeigt, dass wir mit solidarischer Politik auch die größten Krisen bewältigen können. Wir sind stolz auf das anhaltende Engagement der Europäer\*innen bei der Gewährung von Asyl und Schutz. Menschen, insbesondere Frauen, Kinder und LGTB\*-Personen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, sind in hohem Maße gefährdet und dem Risiko von Menschenschmuggel, Menschenhandel, sexueller Ausbeutung, geschlechtsspezifischer Gewalt und konfliktbedingter sexueller Gewalt ausgesetzt.

Die EU muss Schmugglern und Menschenhändlern durch eine verschärfte Richtlinie zur Bekämpfung des Menschenhandels das Handwerk legen. Dazu gehört auch, dass die Nutzung von Dienstleistungen unter Strafe gestellt wird, wenn dem Nutzer bekannt ist, dass die Dienstleistung von einem Opfer von Menschenhandel erbracht wurde. Die EU muss die Führungsstruktur, die Verantwortlichkeiten, die Transparenz und die Rechenschaftspflicht von Frontex stärken. Wir brauchen einen gemeinsamen, wirksamen Grenzschutz unter Wahrung der Grundrechte. Wir müssen stets im besten Interesse des Kindes handeln und Kinderrechte stärken. Dies gilt insbesondere für das Recht auf Familienzusammenführung, vor allem für minderjährige Personen. Kinder sollten niemals inhaftiert oder von ihren Familien getrennt werden. EU-Mittel sollten nicht zum Bau von Mauern oder zur Finanzierung einer Externalisierung der Migrationskontrolle verwendet werden.

Entscheidend ist eine für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit mit Drittländern, insbesondere in Afrika und Lateinamerika. Besondere Aufmerksamkeit muss der durch den Klimawandel verursachten Migration beigemessen werden. Wir werden uns für die Einrichtung sicherer, humanitärer, regulärer Korridore für Asylbewerber\*innen sowie für effektive reguläre Wege der Arbeitsmigration einsetzen. Die Mitgliedstaaten müssen ihre Zusagen für die Neuansiedlung von Migrant\*innen erhöhen und gemeinsam zusätzliche Migrationswege einrichten.

Ein gemeinsames Asyl- und Migrationssystem der EU muss mit einer menschenwürdigen Rückführungspolitik einhergehen, bei der der Grundsatz der Nichtzurückweisung und die Grundrechte der Menschen auf der Flucht gewährleistet bleiben. Freiwillige Rückkehr und Wiedereingliederung müssen Vorrang haben.

**Migration hat es schon immer gegeben und es wird sie auch immer geben. Wir müssen eine fortschrittliche Sichtweise auf Asyl und Migration fördern, die für alle Migrant\*innen, Menschen mit Migrationshintergrund und die aufnehmende Gesellschaft gilt.** Die Mitgliedsstaaten müssen den EU-Aktionsplan für Integration und Inklusion umsetzen. Wenn die Migration gut gesteuert wird, kann sie dazu beitragen, die Wirtschaft zu stärken, neue Arbeitsplätze zu schaffen und das Sozialsystem für die alternden Gesellschaften in Europa aufrechtzuerhalten. Sie kann eine großartige Quelle für Innovationen sein und Chancen für alle bieten. Eine nicht gut gesteuerte Migration führt jedoch zu zahlreichen Schwierigkeiten. Deshalb kommt es darauf an, dass sich alle beteiligen.

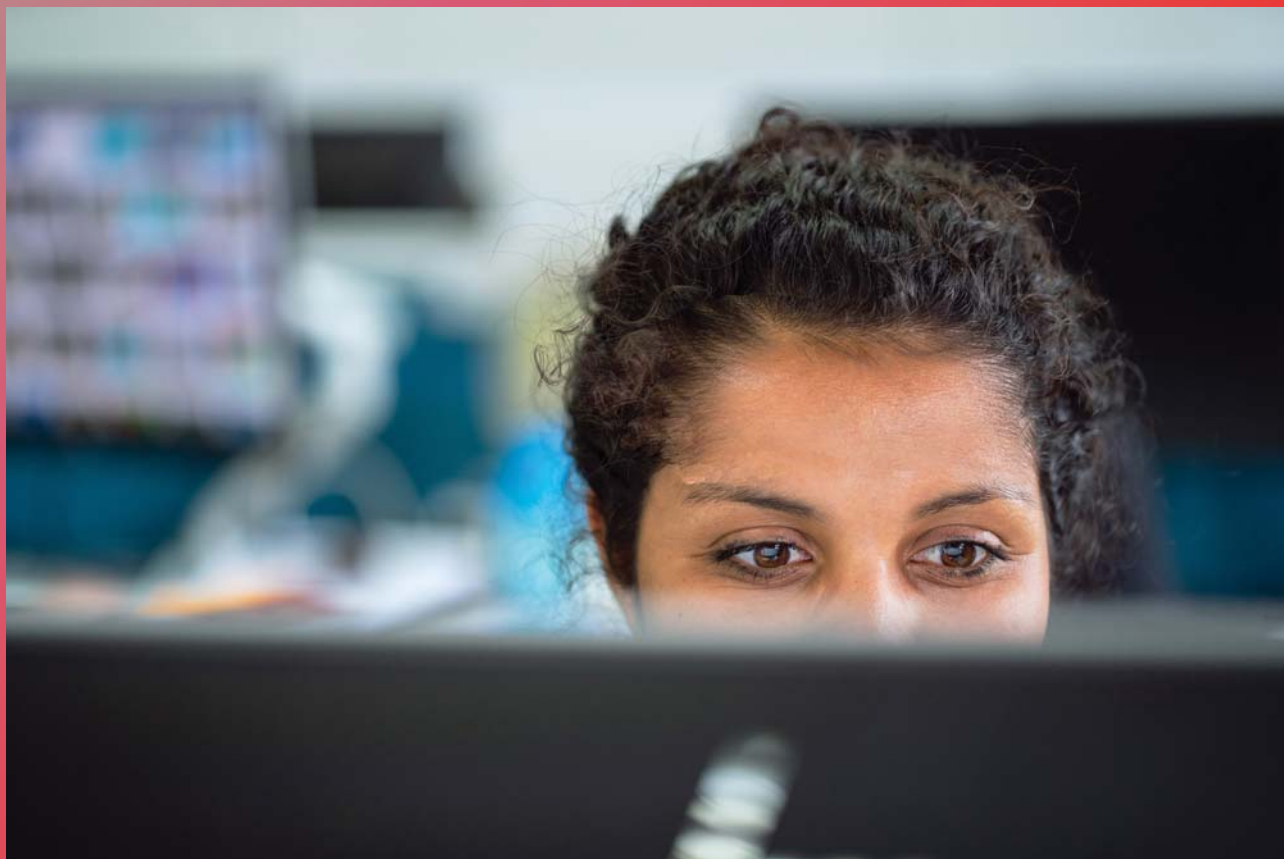
Wir brauchen eine feministische Migrationspolitik, bei der



die Bedürfnisse und Menschenrechte von Migrantinnen und Asylbewerberinnen beachtet werden. Dazu muss endlich ein umfassender Migrations- und Asylrahmen verabschiedet werden, bei dem insbesondere die Erfahrungen von Frauen und Mädchen berücksichtigt werden.

### UNSERE WICHTIGSTEN VORSCHLÄGE

- **Verabschiedung des Migrations- und Asylpakts zur Umsetzung eines gerechten, sicheren, nachhaltigen und vorhersehbaren Ansatzes bei Asyl und Migration, der auf dem Schutz des individuellen Rechts auf Asyl, der Gewährleistung der Menschenrechte, hoher Schutzstandards und der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten, insbesondere im Zuge der Umverteilung von Migrant\*innen beruht.**
- **Betonung der Notwendigkeit, sich der durch Klimawandel verursachten Migration anzunehmen.**
- **Schaffung sicherer und regulärer Asyl- und Migrationswege** und Gewährleistung einer gerechten und humanen Rückführungspolitik.
- **Verabschiedung der Richtlinie über die kombinierte Aufenthaltserlaubnis, die strenge Schutzmaßnahmen gegen Missbrauch und Ausbeutung von Arbeitnehmer\*innen vorsieht.**
- **Förderung kommunaler Patenschaftsprogramme für Personen, die internationalen Schutz genießen.**
- **Gewährleistung einer gemeinsamen EU-Rückführungspolitik für Personen, bei denen festgestellt wurde, dass sie keinen internationalen Schutz benötigen.** Dabei müssen die Menschenrechte und internationalen Standards gewahrt bleiben und der freiwilligen Rückkehr in sichere Herkunftsländer Vorrang eingeräumt werden. Das Wohl des Kindes muss stets an vorderster Stelle stehen.
- **Schutz von Migrant\*innen und Asylbewerber\*innen vor Ausbeutung und Menschenhandel** durch eine Verschärfung der Richtlinie zur Bekämpfung des Menschenhandels und der Vorschriften zur Verhinderung und Bekämpfung von Menschenhandel.
- **Verschärfung der EU-Richtlinie über Sanktionen gegen Arbeitgeber.**





- Förderung einer gegenseitig **vorteilhaften Zusammenarbeit mit Drittländern**, einschließlich eines Vorschlags zur besseren Anerkennung der Qualifikationen, Abschlüsse und beruflichen Fähigkeiten von Drittstaatsangehörigen.
- Erarbeitung eines **Vorschlags für faire Arbeitsmigrationsregelungen für Arbeitnehmer\*innen mit unterschiedlichen Qualifikationen** oder Berufserfahrungen, die einen starken Schutz vor Missbrauch und Ausbeutung gewährleisten.
- Förderung der **Umsetzung des EU-Aktionsplan für Integration und Inklusion**.
- **Einrichtung eines Fonds, bei dem die Gemeinden direkte Unterstützung für die Integration von Geflüchteten beantragen können und aus dem auch lokale Gemeindeprojekte finanziert werden.**
- **Überarbeitung der EU-Richtlinie über die Ausübung des Wahlrechts bei Kommunalwahlen**, um die Vertretung von Bürger\*innen mit einer anderen Staatsangehörigkeit an ihrem Wohnsitz zu stärken.



## 19. STÄRKUNG DER BÜRGERRECHTE IM INTERNET

Die EU muss eine führende Rolle bei der Förderung eines digitalen Wandels übernehmen, der im Einklang mit unseren Grundwerten und Prinzipien steht und niemanden zurücklässt.

**Erstens müssen wir dafür sorgen, dass nicht-digitale Alternativen für grundlegende und wesentliche Dienstleistungen, einschließlich Finanz- und Bankdienstleistungen, für jeden verfügbar sind, insbesondere für ältere Bürger\*innen und Menschen mit Behinderungen.** Wir müssen sicherstellen, dass alle über die Mittel und Kenntnisse zur Nutzung digitaler Dienste verfügen, gleichzeitig müssen wir aber auch die sozialen Kontakte der Menschen als wichtige Voraussetzung für eine starke und gleichberechtigte Gesellschaft fördern. Wir wollen den digitalen Zusammenhalt fördern und betrachten den Zugang zu angemessenen digitalen Infrastrukturen als ein Grundrecht. Außerdem müssen die Plattformen der sozialen Medien reguliert werden.

**Zweitens** müssen wir massive Investitionen in die europäische öffentliche digitale Infrastruktur vornehmen, um **einen hochwertigen Internetzugang für alle zu sichern. Wir müssen zudem Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsprojekte**, aber auch Schutz und Sicherheit der Privatsphäre, die Sicherheit der Kinder online und offline, Medienfreiheit, Pluralismus, Unabhängigkeit und kulturelle Vielfalt **unterstützen**. Wir müssen den Grundsatz der Netzneutralität aufrechterhalten, um Vielfalt und Wettbewerb im digitalen Bereich zu fördern. Wir sind diesem Grundsatz verpflichtet und setzen uns für Internetanschlussregelungen ein, mit denen allen Nutzer\*innen und Online-Diensten ein gleichberechtigter und fairer durchgängiger Zugang zum gesamten Internet gewährleistet wird, Inhalte, Dienste und Anwendungen nicht ungerechtfertigt degradiert oder blockiert werden und der Zugang zu Online-Diensten für alle erschwinglich bleibt, insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen.

**Drittens ist die künstliche Intelligenz (KI)** zwar eine transformative Technologie, die bestimmte soziale Vorteile schaffen kann, sie **muss jedoch stets auf den Menschen ausgerichtet und von ihm gesteuert werden**. Der Einsatz von KI muss vertrauenswürdig sein, die Menschenwürde respektieren und im Dienst der Gesellschaften und Bürger\*innen stehen, ohne bestehende Klischees oder Vorurteile zu reproduzieren bzw. zu verschärfen oder neue Formen geschlechtsspezifischer und intersektioneller Ungleichheiten zu schaffen. Bei der Verwendung von Datensätzen, um eine KI-Anwendung zu trainieren, kann es zu Verzerrungen kommen, wenn diese Datensätze die Personen, für die die Anwendung gedacht ist, nur schlecht repräsentieren. Wir müssen uns deshalb bemühen, solche Verzerrungen in den Datensätzen zu verhindern. Wir drängen auf eine rasche Verabschiedung des europäischen Gesetzes über künstliche Intelligenz, das diesen Bedenken Rechnung trägt. Außerdem müssen wir sicherstellen, dass im Falle eines durch KI verursachten Schadens die Bürger\*innen entsprechend entschädigt werden. Daher weisen wir darauf hin, dass die Verhandlungen über die Richtlinie über KI-Haftung zügig begonnen werden müssen, sobald das KI-Gesetz verabschiedet ist. Darüber hinaus sollten den Bürger\*innen Schulungen über KI und Robotertechnik angeboten werden, in denen sie über die damit verbundenen Chancen und Risiken informiert werden, und es sollten ihnen alle für den Arbeitsmarkt benötigten Kenntnisse vermittelt werden.

**Viertens sollte das, was offline unrechtmäßig ist, auch online als rechtswidrig gelten.** Jeder muss umfassend vor Cyberkriminalität und Online-Gewalt geschützt werden, einschließlich Frauen, Kinder, ältere Menschen, Journalist\*innen und Whistleblower\*innen. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass die Sicherheit im Internet mit dem Schutz unserer Grundrechte in Einklang steht.

**Schließlich** kommt es darauf an, dass **in der digitalen Ära die Beteiligung aller**, insbesondere von Frauen und unterrepräsentierten Gruppen, gewährleistet wird. Dabei müssen wir **denjenigen, die sich in dieser Branche betätigen wollen, geeignete Umschulungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten bieten**, damit die Menschen nicht lediglich zu passiven Verbrauchern oder Opfern der zunehmenden Digitalisierung werden. Die Menschen müssen die Digitalisierung aktiv mitgestalten, angefangen bei der Ausbildung bis hin zur Übernahme von Spitzenpositionen in dieser Branche.



**///EUROPA  
///GEHT VORAN**

**PES**  
SOCIALISTS &  
DEMOCRATS





## UNSERE WICHTIGSTEN VORSCHLÄGE

- **Schutz der Privatsphäre der Bürger\*innen im Internet.** Drängen auf eine Verabschiedung der Verordnung für den digitalen Datenschutz, um die Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation besser zu schützen.
- **Förderung des digitalen Zusammenhalts in ganz Europa** durch Ausbau der Breitbandanbindung und des Internetzugangs in allen Regionen Europas.
- **Förderung der Gleichstellung der Geschlechter im digitalen Bereich** durch stärkere Einbeziehung von Frauen in MINT-Berufe.
- **Angebot von nicht-digitalen Alternativen für grundlegende Dienstleistungen**, die diskriminierungsfrei für alle, einschließlich älterer und behinderter Menschen, zur Verfügung gestellt werden.
- Unterstützung des **Beitritts der EU zum Übereinkommen 108+** des Europarates zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten.
- **Gewährleistung der Rechenschaftspflicht und Transparenz von Social-Media-Plattformen** und des Schutzes der Grundrechte von Online-Nutzer\*innen durch die Durchsetzung des Gesetzes über digitale Dienste (DSA) und des Gesetzes über digitale Märkte (DMA).
- Investitionen in die europäische öffentliche digitale Infrastruktur sowie in Forschung und Entwicklung, u. a. in elektronische Behördendienste, Barrierefreiheit, elektronisches Lernen, elektronische Gesundheitsdienste sowie für ältere und behinderte Menschen zugängliche digitale Lösungen.
- **Schutz der Bürger\*innen vor Cyberkriminalität** durch neue Rechtsvorschriften zur Verbesserung der Cyber-Resilienz des Finanzsektors in der EU, insbesondere durch die kürzlich verabschiedete Verordnung über die digitale operationale Resilienz im Finanzsektor (DORA).
- **Schutz der Kinder vor sexuellem Missbrauch im Internet** durch wirksame Regulierungs- und Präventionsmaßnahmen.
- **Verabschiedung eines europäischen Gesetzes über künstliche Intelligenz**, um sicherzustellen, dass die KI auf ethischen Grundsätzen beruht und die Technologie weiterhin auf den Menschen ausgerichtet bleibt, durch den Menschen gesteuert und die Menschenwürde respektiert wird.
- Unverzügliche **Aufnahme von Verhandlungen über die Richtlinie über KI-Haftung.**
- Strengere **Verwaltung der EU-Mittel für Forschung und Entwicklung, um die Finanzierung und Verwendung von Spähsoftware zu verhindern.** Die Verwendung von Spähsoftware zu Strafverfolgungszwecken sollte im Rahmen der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen und durch Maßnahmen für den Import in die EU direkt geregelt werden. Es müssen EU-Normen über die Verwendung von Spähsoftware durch die Mitgliedstaaten geschaffen werden. Wenn sich Behörden beim Einsatz von Spähsoftware auf die nationale Sicherheit berufen, sollten sie nachweisen, dass sie das EU-Recht und die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit, Notwendigkeit, Legitimität, Rechtmäßigkeit und Angemessenheit einhalten.
- Aufnahme der **Überwachung der Spähsoftware-Nutzung** in die Jahresberichte der Kommission zur Rechtsstaatlichkeit in den EU-Mitgliedstaaten.



## 20. SICHERHEIT FÜR ALLE BÜRGER\*INNEN

**Jeder Mensch hat ein Recht darauf, in einem sicheren Umfeld zu leben.** Wir unterstützen Maßnahmen, mit denen die persönliche Sicherheit erhöht und gleichzeitig individuelle und kollektive Rechte geschützt werden. In einer Welt, in der neue, grenzüberschreitende und immer ausgefeiltere kriminelle Bedrohungen, u. a. durch Cyber-, Umwelt- und Finanzkriminalität, Fälschung, Menschenhandel und Terrorismus, in Erscheinung treten, müssen wir gemeinsam entschieden gegen solche Verbrechen vorgehen, die nicht nur unsere Grundwerte, sondern auch das Vertrauen der Bürger\*innen in unsere Demokratie und Institutionen ernsthaft erschüttern. **Deshalb müssen wir die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit weiter verstärken.** Europol muss seine Instrumente zur koordinierten Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität wirksam einsetzen, um als wirklich gemeinsam agierende EU-Behörde zur Aufklärung und Prävention krimineller Machenschaften beizutragen. Dazu muss die parlamentarische Kontrolle von Europol sowohl durch das Europäische Parlament als auch die nationalen Parlamente verstärkt werden. Wir werden auch weiterhin kommunale Programme unterstützen, die auf die Prävention von Kriminalität und die Förderung der Sicherheit im öffentlichen Raum abzielen.



### UNSERE WICHTIGSTEN VORSCHLÄGE

- **Stärkung der europäischen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität** über Europol, die als wirklich gemeinsam agierende europäische Behörde u. a. durch den verstärkten Einsatz gemeinsamer Ermittlungsteams einen wichtigen Beitrag zur Kriminalitätsprävention und Ermittlungstätigkeit leisten muss. Diese Entwicklung muss sich unter verstärkter parlamentarischer Kontrolle vollziehen.
- **Förderung kommunaler Maßnahmen zur Verbrechensprävention** durch städtebauliche Maßnahmen zur Schaffung sicherer Räume für alle und unter Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse von Frauen, Kindern und älteren Menschen.
- **Schutz der EU-Bürger\*innen gegen organisierte Kriminalität** durch verstärkte EU-Vorschriften zur Bekämpfung von Geldwäsche.
- Unterstützung von Maßnahmen zur **Erhöhung der persönlichen Sicherheit** bei gleichzeitigem Schutz individueller und kollektiver Rechte.
- **Überarbeitung der EU-Richtlinie zur Bekämpfung des Menschenhandels**, um wirksame Maßnahmen zu dessen Prävention und Bekämpfung umzusetzen.
- **Verstärktes Vorgehen gegen Schusswaffenhandel** als Schwerpunktthema bei der EU-weiten Bekämpfung des organisierten Verbrechens.
- Einsatz für ein **wirklich eigenständiges EU-Zentrum zur Koordination der Bekämpfung sexuellen Kindesmissbrauchs** sowie für eine verpflichtende Meldung und Entfernung diesbezüglicher Materialien im Einklang mit dem Gesetz über digitale Dienste und unter voller Wahrung der Grundrechte, insbesondere des Rechts auf Privatsphäre und Datenschutz durch Sicherung einer durchgängigen Verschlüsselung der Datenübertragung.





**///EUROPA  
///GEHT VORAN**

### III.

# SICHERUNG DER POSITION EUROPAS IN DER WELT

---

Europa ist einer der reichsten Kontinente und verfügt über eines der besten Systeme für die Sicherung des Sozialstaates und den Schutz der arbeitenden Bevölkerung. Als Sozialdemokratische Partei Europas sind wir nach wie vor davon überzeugt, dass das europäische Sozialmodell der Schlüssel zu prosperierenden und gleichberechtigten Gesellschaften ist, die dem Wohlergehen aller Bürger\*innen dienen. Um dieses Modell weiterzuentwickeln und den uns am Herzen liegenden hohen Sozialschutz aufrechtzuerhalten, muss sich Europa auf die Veränderungen einstellen, die sich auf unserem Kontinent und in der Welt vollziehen. **Wir wollen einen Anpassungsprozess vorantreiben, der sich von der Zusammenarbeit mit unseren internationalen Partnern bis hin zur Funktionsweise unserer Union erstreckt und auf den Grundwerten unserer Parteienfamilie, wie Gleichheit, Demokratie und Fortschritt, beruht.** Der internationale Handel sollte fair und nachhaltig gestaltet werden, ohne dass die Handelsaktivitäten zur Entwaldung, zum Verlust der biologischen Vielfalt oder zur Verletzung von Menschen- oder Arbeitsrechten beitragen. Um die Rolle Europas in der Welt zu gestalten, wollen wir uns auf folgende Schwerpunkte konzentrieren:



## 21. BEIBEHALTUNG DER VOLLEN UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE UKRAINE

**Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine ist nicht nur eine Verletzung der Souveränität, sondern ein Krieg gegen die europäischen Werte. Wir werden die Souveränität der Ukraine** innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen weiterhin fest unterstützen. Die EU muss die Ukraine weiter politisch, humanitär, finanziell und militärisch unterstützen und dabei insbesondere verhindern, dass Frauen und Kinder Opfer von sexueller Gewalt, Menschenhandel und Ausbeutung werden, da bestehende geschlechtsspezifische Ungleichheiten durch den Krieg verschärft werden und Frauen unverhältnismäßig stark betroffen sind.

Die Sozialdemokrat\*innen müssen eine führende Rolle in der EU bei der Entwicklung eines Wiederaufbauplans übernehmen, bei dem soziale Gerechtigkeit und Eingliederung, Nachhaltigkeit, gute Regierungsführung und lokale Eigenverantwortung sowie Transparenz und Rechenschaftspflicht im Einklang mit den Verpflichtungen der Ukraine als EU-Beitrittskandidat im Mittelpunkt stehen. Die EU muss die Unterstützung der Republik Moldau fortsetzen, da das Land mit den Auswirkungen des russischen Krieges in der Ukraine und den damit verbundenen hybriden Bedrohungen konfrontiert ist.

Die Stärkung der Rolle von Frauen ist bei der Unterstützung der Ukraine von wesentlicher Bedeutung. Eine maßgebliche Beteiligung von Frauen an Maßnahmen

zur Konfliktbewältigung und beim Wiederaufbau nach dem Konflikt trägt zu Nachhaltigkeit und Erfolg bei und erhöht die Resilienz der Gemeinden vor Ort. Der Schutz und die Unterstützung von Aktivistinnen, Nichtregierungsorganisationen, Lehrerinnen und Frauen in Führungspositionen in Konfliktgebieten muss ein prioritäres Anliegen sein.

Die internationale Gemeinschaft muss eng zusammenarbeiten, um den Opfern von Kriegsverbrechen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und den Präsidenten der Russischen Föderation sowie die politische und militärische Führung Russlands zur Verantwortung zu ziehen. **Die EU muss weiterhin prüfen, inwieweit eingefrorene russische Vermögenswerte im Einklang mit den EU-Vorschriften und dem Völkerrecht für den Wiederaufbau der Ukraine** zur Verfügung gestellt werden können. Darüber hinaus unterstützt die SPE weitere Sanktionen gegen Russland und deren rigorose Durchsetzung, bis ein gerechter Frieden zu den Bedingungen der Ukraine wiederhergestellt ist.

Die SPE tritt für eine EU ein, die den Widerstand der Ukraine unterstützt und gleichzeitig die diplomatischen Bemühungen fortsetzt, um die durch Russlands Krieg verursachte humanitäre Krise in enger Abstimmung mit der Ukraine und internationalen Verbündeten zu lindern. Die EU sollte ihren gesamten wirtschaftlichen und diplomatischen Einfluss nutzen, um Druck auf die Verbündeten Russlands auszuüben und eine Schlüsselrolle beim Aufbau eines neuen europäischen Friedens- und Sicherheitsrahmens spielen, der auf starken Sicherheitsgarantien für die Ukraine, der Eröffnung eines EU-Beitrittsverfahrens und einer engen Zusammenarbeit mit dem NATO-Rahmen beruht. Die SPE muss diese Bemühungen entscheidend vorantreiben und der EU in enger Abstimmung mit der OSZE eine Schlüsselrolle bei der Gestaltung einer „neuen Helsinki“-Architektur zuweisen, die entscheidende Sicherheits- und Friedensgarantien auf der Grundlage der Souveränität und territorialen Integrität der Staaten bietet und mit einer strategischen Überprüfung der EU-Nachbarschaftspolitik einhergeht.

Die SPE steht an der Seite aller Regionen der Welt, die von den Auswirkungen dieses Krieges, insbesondere der Nahrungsmittelkrise im globalen Süden, betroffen sind. Die EU arbeitet mit beispiellosem Tempo und Umfang an der Abmilderung der Folgen und hat bereits allein für die weltweite Ernährungssicherheit 8 Milliarden Euro zugesagt. Die SPE unterstützt die Ausweitung dieser Hilfe und wird sich für eine Veränderung der weltweiten Nahrungsmittelsysteme zugunsten fairer, nachhaltiger und widerstandsfähiger Nahrungsmittelketten einsetzen.





#### UNSERE WICHTIGSTEN VORSCHLÄGE

- **Unterstützung des Widerstands der Ukraine gegen die russische Invasion** mit politischen, finanziellen, humanitären und militärischen Mitteln.
- **Unterstützung der Frauen und Mädchen in der Ukraine**, insbesondere in den Konfliktgebieten, auch im Hinblick auf geschlechtsspezifische Gewalt, die Stärkung der Rolle der Frau und den Wiederaufbauprozess insgesamt.
- **Gewährleistung der vollständigen und gleichberechtigten Vertretung** und maßgeblichen Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen und in allen Phasen der konfliktbezogenen Politik und Entscheidungsfindung.
- **Unterstützung von Vertriebenen** durch kollektiven Schutz und verstärkte Anstrengungen zur Bekämpfung von Ausbeutung, insbesondere von schutzbedürftigen Personengruppen.
- **Entwicklung eines Wiederaufbauplans für die Ukraine**, in dessen Mittelpunkt soziale Gerechtigkeit und Eingliederung, Nachhaltigkeit, gute Regierungsführung, lokale Eigenverantwortung, die Stärkung des sozialen Dialogs und die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften stehen, sowie umfassende Einbeziehung von in der Ukraine und den Nachbarstaaten tätigen Organisationen der Zivilgesellschaft bei all diesen Prozessen.
- Weiterer Druck auf Russlands Fähigkeiten zur Fortsetzung seiner Aggression durch **strenge Sanktionen und Maßnahmen gegen deren Umgehung**.
- **Für Luxusgüter** wie Diamanten **sollten unverzüglich Sanktionen eingeführt werden**, vorzugsweise im Rahmen der G7, um deren Wirksamkeit zu erhöhen.
- **Unterstützung des Internationalen Strafgerichtshofs** und internationaler Ermittlungen im Zusammenhang mit Aggressions- und Kriegsverbrechen.
- **Unterstützung einer strengeren EU-Politik gegenüber Ländern, die bei der Umgehung der EU-Sanktionen gegen Russland mitwirken.**
- **Weitere Prüfung von Möglichkeiten, inwieweit eingefrorene russische Vermögenswerte für den Wiederaufbau der Ukraine nach dem Krieg zur Verfügung gestellt werden könnten.**
- **Unterstützung der EU-Mitgliedstaaten bei der Bewältigung der Kriegsfolgen**, die von steigenden Energie- und Lebensmittelpreisen über die Unterstützung der Ukraine, der Republik Moldau und der Vertriebenen bis hin zur Einrichtung von Solidaritätskorridoren für die Ausfuhr ukrainischer Agrarerzeugnisse reichen.
- **Unterstützung der von der Nahrungsmittelkrise betroffenen Länder** durch humanitäre Soforthilfe und die Einbeziehung von Ernährungssicherheit, Resilienz und Nachhaltigkeit in langfristige Entwicklungshilfeprogramme.



## 22. FÖRDERUNG VON STRATEGISCHEN INVESTITIONEN UND INNOVATIONEN

Unsere Parteienfamilie hat in Europa erneut die wichtige Rolle öffentlicher Investitionen in den Mittelpunkt gestellt und damit einen Paradigmenwechsel herbeigeführt. **Ganz im Gegensatz zum Sparkurs der konservativen Mehrheit nach der Finanzkrise 2008 haben wir auf die Covid-19-Krise mit dem Aufbauinstrument NextGenerationEU reagiert.** Dies zeigt, wie viel wir erreichen können, wenn wir in unsere Zukunft investieren, unsere Ressourcen bündeln und geschlossen und solidarisch handeln. **NextGenerationEU ist das größte Investitionsprogramm, das die EU je aufgelegt hat, und wir sind stolz, dass unsere Parteienfamilie zu seinen Initiatoren zählt.** Wir setzen uns daher weiterhin für eine dauerhafte, langfristige EU-Investitionskapazität auf der Grundlage echter europäischer Solidarität zur Finanzierung des grünen und digitalen Wandels ein, die Teil eines breit angelegten und mit den Mitgliedstaaten abgestimmten Investitionsplans für den grünen und digitalen Wandel sein muss.

Die vor uns liegenden Veränderungen erfordern umfangreiche öffentliche und private Investitionen in nachhaltige, alternative Energieträger, in die Kreislaufwirtschaft, insbesondere bei kritischen Rohstoffen, und für die Wiedererlangung einer führenden Rolle der EU beim digitalen Wandel. Wenn wir wollen, dass Europa ein internationales Zentrum für Innovation und Technologie wird, müssen wir in dieses Ziel investieren. **Wir müssen ein Wirtschaftsmodell fördern, das auf das Wohlergehen der Menschen und den Umweltschutz abzielt,** anstatt einzig und allein das BIP als Erfolgsmaßstab zu betrachten.

Der Krieg und die Pandemie haben deutlich gemacht, dass wir uns bei strategischen Gütern wie Energie, Lebensmitteln, sauberen Technologien,

Mikrochips, Batterien, Rohstoffen, Medikamenten und Gesundheitsprodukten nicht ausschließlich auf den Außenhandel verlassen können. Die EU muss ihre Versorgungsketten für lebenswichtige Güter und kritische Rohstoffe diversifizieren und gegen Risiken schützen, um in Schlüsselbereichen eine strategische Unabhängigkeit zu erreichen. Neue gemeinsame europäische Investitionen sind erforderlich, um die Eigenständigkeit in strategischen Sektoren zu erreichen. Gleichzeitig müssen die Wettbewerbspolitik und die Regeln für staatliche Beihilfen in der EU gewährleisten, dass der Binnenmarkt auch in Zukunft offen, fair und wettbewerbsfähig bleibt. Die Knappheit von Mikrochips, die wir vor einigen Monaten auf unserem Kontinent erlebten, ist eine deutliche Warnung, dass Europa investieren muss, um auf eigenen Füßen stehen zu können. Dazu müssen wir den Aufbau einer europäischen Batterieproduktion sowie die Gewinnung und das Recycling von seltenen Erden und andere diesbezügliche Initiativen unterstützen. Wie es die Biden-Regierung mit dem Gesetz zur Inflationsbekämpfung getan hat, sollten öffentliche Investitionen und Fördermaßnahmen auch soziale und ökologische Ziele beinhalten. Wir müssen auch bereit sein, Firmen mit einem europäischen Rettungsrahmen vor unlauterem ausländischem Wettbewerb zu schützen, vorausgesetzt, sie halten sich an hohe Sozial- und Beschäftigungsstandards.

Die EU braucht massive Investitionen zur Stärkung unserer Resilienz und unserer Fähigkeit, unsere Bürger\*innen in Krisenzeiten zu schützen. Deshalb fordert die SPE eine Strategie „Made in Europe“ bis 2030, um für die europäische Industrie im Einklang mit den Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) gleiche Wettbewerbsbedingungen zu sichern.







# ///EUROPA ///GEHT VORAN





## UNSERE WICHTIGSTEN VORSCHLÄGE

- Vorschlag für einen **neuen Investitionsplan für den grünen und digitalen Wandel**.
- Ausstattung des EU-Haushalts mit den zur Umsetzung erforderlichen Mitteln im Zuge eines **überarbeiteten und anspruchsvollen mehrjährigen Finanzrahmens** unter Berücksichtigung der Grundsätze der geschlechtergerechten Haushaltsplanung und der Nachhaltigkeitsziele, die auch im Zusammenhang mit der Aufstockung der Eigenmittel zu beachten sind.
- Fortlaufendes Engagement für eine **dauerhafte, langfristige EU-Investitionskapazität** auf der Grundlage echter europäischer Solidarität.
- Erschließung **neuer Einnahmequellen für den EU-Haushalt**, um Investitionen in allen Mitgliedstaaten zu unterstützen.
- Förderung eines **europäischen Rettungsrahmens zum Schutz von Unternehmen vor unlauterem ausländischem Wettbewerb**.
- Beginn einer Diskussion über die **Schaffung europäischer öffentlicher Güter**.
- Entwicklung einer **Strategie „Made in Europe“ 2030** zur Verringerung europäischer Abhängigkeiten, zum Ausbau unserer Produktionskapazitäten in strategischen Bereichen und zur Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen für die europäische Industrie im Einklang mit den WTO-Regeln.
- Entwicklung einer **ambitionierten, nachhaltigen und offenen EU-Handelsagenda** auf der Grundlage gemeinsamer Werte und der Achtung von Sozial-, Umwelt-, Verbraucherschutz- und Menschenrechten.
- **Nutzung des Gesetzes zu kritischen Rohstoffen**, um ehrgeizige Ziele für deren Wiederverwendung und Recycling festzulegen.
- **Einführung eines Gesetzes über kritische Arzneimittel**, um die Versorgungssicherheit der EU mit Arzneimitteln zu verbessern und die Abhängigkeit von Nicht-EU-Ländern zu verringern.
- **Strengere Verfolgung von Betrug mit EU-Geldern**.
- **Neben dem BIP sollten weitere objektive Indikatoren zur stärkeren Berücksichtigung des ökologischen und sozialen Fortschritts entwickelt werden**.





## 23. UNTERSTÜTZUNG INTERNATIONALER PARTNERSCHAFTEN

Der Einmarsch Russlands in die Ukraine hat die ohnehin schon instabile geopolitische Lage weiter verschärft und bedroht die regelbasierte internationale Ordnung. Die EU wird ihre Rolle in einem multipolaren, unruhigen globalen Umfeld neu ausgestalten müssen. Wir sind mit einer ständigen Auseinandersetzung um die Narrative über universelle demokratische Werte konfrontiert. Die EU muss sich aktiv auf verlässliche und gleichgesinnte Partner zubewegen, um Partnerschaftsabkommen zum gegenseitigen Vorteil abzuschließen. Diese Partnerschaften sollten zum gegenseitigen Vorteil gestaltet werden, indem sie auf konkrete Bedürfnisse in den Partnerländern zugeschnitten sind und gleichzeitig der EU eine Diversifizierung und Risikominderung in ihren aktuellen Lieferketten ermöglichen. **Die EU muss gemeinsam mit ihren Partnern darauf hinwirken, die Armut zu beseitigen, die allgemeine Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, faire Regeln für den Welthandel und die Einhaltung internationaler Verpflichtungen in Bezug auf soziale Rechte, Gleichstellung, Klimawandel und Schutz der Kinder in einer Welt durchzusetzen, die zunehmend durch die Narrative autoritärer Länder geprägt ist.**

Wir würdigen die Arbeit von Menschenrechtler\*innen weltweit und rufen dazu auf, der Einschränkung der Handlungsspielräume für die Zivilgesellschaft weltweit entgegenzuwirken.

Die SPE möchte konstruktive transatlantische Beziehungen zu den Vereinigten Staaten pflegen und unseren Dialog fortsetzen, um eine gemeinsame fortschrittliche Agenda für Sozial- und Umweltstandards zu erarbeiten. Wir unterstützen zudem einen verstärkten Dialog mit China, um in Fragen wie Klimawandel, globaler Sicherheit und Reform der internationalen Institutionen zusammenzuarbeiten. Eine konsequente und ehrgeizige EU-China-Strategie muss jedoch auf die Wahrung der Menschenrechte und der Demokratie abzielen.

Wir werden uns weiterhin mit einer ambitionierten Handels-, Kooperations-, Partnerschafts- und Investitionsagenda für starke Beziehungen zu unseren Partnern in Lateinamerika einsetzen. Wir werden auch die Partnerschaft zwischen der EU und Afrika intensivieren, um gemeinsame Herausforderungen zu bewältigen,

nachhaltiges Wachstum zu fördern und den grünen und digitalen Wandel zu beschleunigen. Europa muss dafür sorgen, dass durch den Einmarsch Russlands in die Ukraine und die vielfältigen Auswirkungen des Krieges kein Keil in die Beziehungen zwischen der EU und unseren Freunden und Partnern im globalen Süden getrieben wird. Wir unterstützen eine EU-Nachbarschaftspolitik mit Maßnahmen zur Förderung von Wirtschaftsbeziehungen, Menschenrechten, Demokratie, Frieden und Stabilität. Europa muss ebenfalls die Stabilität in der Arktis fördern und sich dafür einsetzen, eine militärische Eskalation und die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen zu verhindern.

**Die SPE plädiert für eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen, um das multilaterale System zu reformieren und zu stärken.** Die EU muss in den UNO-Gremien mit einer Stimme sprechen und die rotierenden und ständigen Sitze der Mitgliedstaaten im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UNSC) nutzen, um eine Agenda durchzusetzen, die auf Regeln und Menschenrechten beruht. Die EU muss die UNO-Ziele für nachhaltige Entwicklung, die Verpflichtungen des Pariser Klimaabkommens und die globale Gesundheitsstrategie der EU fördern und umsetzen. Die EU muss eine starke Rolle bei den globalen, regelbasierten Bemühungen um eine Nichtverbreitung von Kernwaffen und die Schaffung einer atomwaffenfreien Welt spielen.

Die SPE ist zutiefst besorgt über die Situation im Nahen Osten. Die SPE verurteilt die Hamas ausdrücklich für die brutalen Terroranschläge, die sie am 7. Oktober 2023 auf Israel verübt hat. Wir fordern, dass die Hamas die Geiseln sofort und bedingungslos freilässt. Israel hat das Recht, sich zu verteidigen, und es hat auch eine Pflicht, das Völkerrecht und das humanitäre Völkerrecht vollständig einzuhalten und das Leben der Zivilbevölkerung zu schützen.

Die humanitäre Tragödie in Gaza muss ein Ende haben. Wir fordern nachdrücklich humanitäre Pausen, um die Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern wie Wasser, Lebensmitteln, Elektrizität, Kraftstoff und medizinischer Versorgung zu gewährleisten. Es ist unbedingt erforderlich, dass humanitäre Hilfe sicher in den Gazastreifen gelangen kann und das Leid von Millionen palästinensischer Zivilist\*innen gelindert wird.

Wir sind erschüttert über die Tausenden von zivilen Opfern. Der Schutz des Lebens der Zivilbevölkerung ist ein Grundprinzip des Völkerrechts.



Wir unterstützen den Hohen Vertreter der EU, Josep Borrell, und den Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres, in ihrem Bemühen, ein Übergreifen dieses brutalen Konflikts zu verhindern und ein kontinuierliches politisches Engagement mit Israel, der Palästinensischen Autonomiebehörde und den relevanten regionalen staatlichen Akteuren aufrechtzuerhalten. Sowohl Israelis als auch Palästinenser\*innen haben das Recht, in Frieden zu leben.

Die derzeitigen Umstände bestärken uns in unserer Entschlossenheit, eine dauerhafte politische Lösung für diesen Konflikt auf der Grundlage einer Zweistaatenlösung zu fördern und die baldige Abhaltung einer internationalen Friedenskonferenz zu fordern.

#### UNSERE WICHTIGSTEN VORSCHLÄGE

- **Wiederherstellung und Stärkung der regelbasierten multilateralen Ordnung** in Zusammenarbeit mit unseren internationalen Partnern.
- **Reform der WTO**, um sie auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, den grünen Wandel und die digitale Revolution auszurichten und gleiche Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten.
- **Erarbeitung einer umfassenden EU-Strategie zur Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung** und deren Verwirklichung bis 2030 sowie eines diesbezüglichen Finanzierungsplans.
- **Beseitigung der Unzulänglichkeiten der EU-Strategie Global Gateway**, Gewährleistung eines klaren Entwicklungsmandats und einer transparenten, demokratischen und wirksamen öffentlichen Kontrolle.
- **Aufbau gleichberechtigter Partnerschaften, die auf demokratischen Werten, der Wahrung der Menschenrechte und hohen Standards in den Bereichen Sozial- und Umweltpolitik sowie Regierungsführung beruhen**, um die aktuellen Lieferketten der EU zu diversifizieren und deren Risiken zu mindern.
- **Verstärkte Unterstützung der EU für Menschenrechtsverteidiger\*innen und die Zivilgesellschaft weltweit.**
- **Neubewertung der aktuellen Handels- und Entwicklungsprogramme der EU** vor dem Hintergrund der Auswirkungen des Krieges in der Ukraine und Förderung unserer guten Beziehungen zu Drittländern.
- **Erneute Aufnahme des Dialogs mit der Afrikanischen Union** über Migration, Entwicklung, Handel, Sicherheit und Klimawandel.
- **Einsatz diplomatischer und technischer Mittel zur Entwicklung einer ambitionierten Handelsagenda mit Lateinamerika.**
- **Stärkung der Beziehungen zwischen der EU und den Ländern Lateinamerikas**, um unsere politischen, wirtschaftlichen und handelspolitischen Beziehungen zu vertiefen und eine gemeinsame fortschrittliche Agenda auf der Grundlage unserer gemeinsamen Prinzipien, Werte und Interessen zu entwickeln.
- **Überarbeitung und Umsetzung einer Strategie für die Beziehungen zwischen der EU und China**, um die Zusammenarbeit bei globalen Herausforderungen wie dem Klimawandel zu sichern, die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen wieder ins Gleichgewicht zu bringen, die Menschenrechte zu schützen und den Multilateralismus zu stärken. Dabei sollten die drei Säulen der derzeitigen Strategie beibehalten werden: China als Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale.
- **Verstärkte Zusammenarbeit der EU innerhalb der Vereinten Nationen**, Einsatz für eine ambitionierte Reform der Vereinten Nationen zur Stärkung von Transparenz, Rechenschaftspflicht und Effizienz sowie uneingeschränktes Engagement für die Agenda 2030 und die Entwicklung eines umfassenden und wirksamen Nachfolgeprogramms.



**PES**

SOCIALISTS &  
DEMOCRATS

**///EUROPA  
///GEHT VORAN**



Teilnehmende des EU-CELAC-SPE-Gipfels „Gemeinsam für globale Gerechtigkeit“. Auf dem Foto von links nach rechts: Mette Frederiksen, Premierministerin von Dänemark; António Costa, Premierminister von Portugal; Gustavo Petro, Präsident von Kolumbien; Stefan Löfven, Präsident der SPE; Pedro Sánchez, Premierminister von Spanien; Lula da Silva, Präsident von Brasilien; Olaf Scholz, Bundeskanzler von Deutschland; Alberto Fernández, Präsident von Argentinien; Gabriel Boric, Präsident von Chile. Zweite Reihe, von links nach rechts: Achim Post, Generalsekretär der SPE; Elly Schlein, Vorsitzende der PD Italien; Iratxe García, Vorsitzende der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament; Josep Borrell, Hoher Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsident der Europäischen Kommission; Alicia Bárcena, Außenministerin Mexikos; Frans Timmermans, Exekutiv-Vizepräsident der Europäischen Kommission; Jutta Urpilainen, EU-Kommissarin für internationale Partnerschaften; und Giacomo Filibeck, Exekutivgeneralsekretär der SPE.



**///EUROPA  
///GEHT VORAN**

**PES**  
SOCIALISTS &  
DEMOCRATS





**PES**

SOCIALISTS &  
DEMOCRATS

**///EUROPA  
///GEHT VORAN**

## **24. EINE ZUKUNTSORIENTIERTE EU, DIE BEREIT IST, IHRE FUNKTIONSWEISE ZU VERBESSERN UND SICH DEN INTERNATIONALEN HERAUSFORDERUNGEN ZU STELLEN**

Die Debatte über die Modernisierung der institutionellen Struktur und der Entscheidungsprozesse der EU wird von der neuen geopolitischen Realität und einer von Kriegen geplagten und zunehmend fragmentierten Welt beeinflusst. Die Aussichten auf eine erweiterte EU wurden in jüngster Zeit beschleunigt. Deshalb sind **Änderungen bei den Regeln und der Funktionsweise unserer Institutionen notwendig, damit die EU wirksam, entschlossen und einheitlich auftreten kann. Es muss ernsthaft geprüft werden, welche Vertragsänderungen notwendig sind, um europäische Souveränität zu erreichen, soziale Gerechtigkeit zu fördern, Europa nachhaltiger zu machen und die europäische Demokratie und ihren Einfluss in der Welt zu stärken.** In bestimmten Politikbereichen, u. a. in Bereichen der gemeinsamen Außenpolitik, muss das Mehrheitsprinzip gelten, um demokratischere Entscheidungsprozesse und eine gute Funktionsweise der EU zu gewährleisten und eine starke EU mit strategischer Autonomie aufzubauen.

Die SPE setzt sich weiterhin an vorderster Stelle für

Beitrittsverhandlungen unter der Voraussetzung ein, dass alle potenziellen künftigen Mitgliedstaaten die EU-Standards in Bezug auf Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und grundlegende EU-Werte vollständig einhalten. **Für Länder, die nicht alle erforderlichen Verpflichtungen und Reformen umgesetzt haben, kann keine Mitgliedschaft in Betracht kommen.**

Die SPE begrüßt die Entscheidung, der **Ukraine** und der **Republik Moldau** den Kandidatenstatus zu gewähren, und unterstützt die Aufnahme Georgiens, sobald dieses Land die von der Europäischen Kommission festgelegten Bedingungen erfüllt. Wir fordern die rasche Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und der Republik Moldau, sobald sie alle in der Empfehlung der Europäischen Kommission festgelegten Beitrittskriterien erfüllen. Wir begrüßen zudem die Aufnahme von Verhandlungen mit **Albanien** und Nordmazedonien sowie die Entscheidung, **Bosnien und Herzegowina** den Kandidatenstatus zu verleihen. Wir unterstützen weiterhin Beitrittsverhandlungen mit Montenegro. Wir sind nur dann bereit, Beitrittsverhandlungen mit **Serbien** voranzubringen, wenn sich die Regierung unter Präsident Vučić den EU-Sanktionen gegen Russland anschließt, deutliche Fortschritte bei den EU-bezogenen Reformen macht und den Dialog zwischen Belgrad und Pristina nicht durch Provokationen oder andere Mittel sabotiert. Nach dem Antrag des Kosovos auf EU-Mitgliedschaft, der die anhaltende proeuropäische Ausrichtung seiner





Bürger\*innen und seine klare geopolitische strategische Entscheidung widerspiegelt, fordern wir Belgrad und Pristina auf, unter Vermittlung des Hohen Vertreters der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsident der Europäischen Kommission, Josep Borrell, eine dauerhafte Lösung zu erzielen. Wir begrüßen die Genehmigung der Visaliberalisierung für den **Kosovo**. Wir bedauern, dass der EU-Beitrittsprozess der Türkei aufgrund der von der türkischen Regierung eingeschlagenen Richtung seit mehreren Jahren ins Stocken geraten ist. Ohne einen drastischen Kurswechsel der türkischen Regierung kann der EU-Beitrittsprozess mit der **Türkei** unter den derzeitigen Umständen nicht wieder aufgenommen werden. Darüber hinaus plädieren wir für eine rasche Vertiefung der Integration der Schweiz in die EU, sobald man sich auf für beide Seiten vorteilhafte Rahmenbedingungen geeinigt hat.

Wir betonen unsere anhaltende Unterstützung für alle Bemühungen um eine Lösung des seit langem bestehenden Problems in Bezug auf Zypern im Rahmen der Vereinten Nationen, in Übereinstimmung mit den einschlägigen Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates und im Einklang mit den Grundsätzen und dem Besitzstand (Acquis) der EU. Wir verurteilen jegliche Handlung oder Besetzung, die die Integrität und Souveränität einer Nation überall in der Welt, einschließlich **Zypern**, verletzen.

Mehr Europa bedeutet auch den Schutz und die Stärkung des Schengener Abkommens als einer der größten Errungenschaften der Europäischen Union. Wir fordern deshalb die unverzügliche Aufnahme von **Rumänien** und **Bulgarien** in den Schengen-Raum, da beide Länder die Aufnahmekriterien vollständig erfüllen. Die SPE ist auch für eine zügige Modernisierung der Schengen-Visumanträge, um die Beziehungen der EU zu Island, Norwegen, Liechtenstein und der Schweiz zu vertiefen und Geschäfts- und Urlaubsreisen zu vereinfachen.

## UNSERE WICHTIGSTEN VORSCHLÄGE

- *Unverzügliche **Aufnahme Rumäniens und Bulgariens in den Schengen-Raum.***
- ***Modernisierung und Anpassung der europäischen institutionellen Struktur an die neuen Realitäten**, u.a. durch Ausweitung der Beschlussfassungen mit qualifizierter Mehrheit auf bestimmte kritische Sektoren.*
- *Im Zusammenhang mit der Erweiterung müssen wir **prüfen und diskutieren, ob die Verträge und die Funktionsweise unserer Institutionen ausreichend geeignet und welche Veränderungen erforderlich sind**, um echte europäische Souveränität zu erreichen, soziale Gerechtigkeit und unsere europäischen Werte zu fördern, Europa nachhaltiger und gleichberechtigter zu machen und die Rolle der EU in der Welt zu stärken. Dies ist die Voraussetzung für ein reibungsloses Funktionieren der EU.*
- *Weitere **Unterstützung des Erweiterungsprozesses** durch gezielte finanzielle und technische Unterstützung von Reformen in den Kandidatenländern.*
- ***Ausbau der regionalen Zusammenarbeit mit den Kandidatenländern und potenziellen Kandidaten** in den Bereichen Sicherheit, Energie und Migration.*
- ***Stärkung der demokratischen Rolle und Gewährung eines Initiativrechts des Europäischen Parlaments.***
- ***Sicherung der demokratischen Rechenschaftspflicht neuer Einrichtungen des Krisenmanagements.***



## 25. STÄRKUNG DER EUROPÄISCHEN ZUSAMMENARBEIT IN DEN BEREICHEN SICHERHEIT UND VERTEIDIGUNG

**Die EU muss in einem zunehmend unberechenbaren geopolitischen Klima schneller und selbstbewusster handeln.** Der von unserer Parteienfamilie vorgelegte Strategische Kompass bietet den notwendigen Rahmen, um die Rolle der EU als zuverlässigen Partner und Sicherheitsgarant zu stärken und unsere Grundwerte eigenständig besser verteidigen und fördern zu können. Die SPE begrüßt den laufenden Prozess der Stärkung unserer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) unter Achtung der spezifischen Sicherheits- und Verteidigungsmaßnahmen der einzelnen EU-Mitgliedstaaten.

Die SPE unterstützt eine Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die die NATO durch gemeinsame Entwicklung und Beschaffung, koordinierte und klug eingesetzte Verteidigungsausgaben, die gemeinsame Nutzung und Bündelung von Kapazitäten, die Bekämpfung hybrider Bedrohungen, Cyberangriffe und Desinformation, die Stärkung der Zusammenarbeit der EU-Nachrichtendienste und des EU-Verteidigungssektors ergänzt. Die EU muss Investitionen in innovative Technologien fördern, mit denen sich die Umweltauswirkungen von Militäroperationen verringern lassen und die Position der EU als Vorreiter bei umweltfreundlichen Spitzentechnologien gestärkt wird. Investitionen in die Verteidigung sind wichtig, sollten jedoch nicht auf Kosten der Entwicklung, des Zusammenhalts und der Sozialfonds erfolgen. Wir betonen zudem, dass eine geschlechtsspezifische und intersektionale Perspektive Bestandteil unserer GSVP werden muss. **Die EU muss eine feministische Außen- und Sicherheitspolitik verfolgen, bei der die Gleichstellung der Geschlechter eines der übergreifenden Ziele ist.** Eine gleichberechtigte Vertretung von Frauen und Mädchen in der Außenpolitik ist von entscheidender Bedeutung, da sie unverhältnismäßig stark von Gewalt, Armut, bewaffneten Konflikten sowie den Auswirkungen von Klima-, Gesundheits- und anderen Notlagen betroffen sind.

### UNSERE WICHTIGSTEN VORSCHLÄGE

- **Umsetzung des Strategischen Kompasses** unter Sicherung von Synergien mit den politischen Maßnahmen und Prioritäten der Europäischen Kommission.
- **Stärkung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU.**
- **Erweiterung der Zusammenarbeit mit der NATO, um die Effizienz bei Beschaffung und Ausgaben zu erhöhen,** Doppelausgaben zu vermeiden und die Koordination der Nachrichtendienste zu verbessern.
- **Bewältigung der Herausforderungen für die europäische Verteidigungsindustrie,** wie z. B. eine starke Fragmentierung, mangelnde grenzüberschreitende Zusammenarbeit, begrenzte internationale Wettbewerbsfähigkeit und fehlende gemeinsame Normen und Vorschriften. Gleichzeitig müssen Transparenz, Rechenschaftspflicht und ethische Standards bei Produktion und Handel mit Verteidigungsgütern gestärkt werden.
- **Bemühungen zur Dekarbonisierung der Rüstungsindustrie,** um die Ausweitung der EU-Investitionen in den Verteidigungssektor mit Verpflichtungen im Rahmen des europäischen Grünen Deals und der Ziele des europäischen Klimagesetzes in Einklang zu bringen.
- **Stärkung der Zusammenarbeit und Integration des europäischen Verteidigungssektors,** u.a. durch verstärkte gemeinsame Beschaffung von Verteidigungsgütern, angemessene Unterstützung für KMU der europäischen Verteidigungsindustrie, mehr grenzüberschreitende Investitionen in gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsprojekte, einschließlich in Güter mit doppeltem Verwendungszweck.
- **Einbeziehung einer geschlechtsspezifischen und intersektionalen Perspektive in Operationen und Missionen der GSVP** im Einklang mit dem langjährigen Engagement der EU für die Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit.



**///EUROPA  
///GEHT VORAN**

**PES**

SOCIALISTS &  
DEMOCRATS



## **IV. SCHLUSSFOLGERUNG**

Angesichts der bevorstehenden Europawahl sind wir stolz darauf, dass unsere Parteienfamilie die Menschen über sehr schwierige Jahre hinweg auf allen politischen Ebenen unterstützt hat. Wir haben uns an vorderster Stelle dafür eingesetzt, dass Europa stärker und widerstandsfähiger wird und besser darauf vorbereitet ist, die Herausforderungen von heute und morgen zu meistern.

Aufbauend auf unseren Werten sind wir bereit, für die Demokratie und das Wohlergehen unserer Bürger\*innen in Zeiten des Wandels und für die Rolle Europas in der Welt zu kämpfen. Mit diesen Zielen vor Augen werden wir unsere Anstrengungen fortsetzen, um den Fortschritt voranzutreiben, Gleichberechtigung und Einigkeit zu fördern, in unserem Streben nach einem Europa, das integrativer, gerechter und demokratischer ist.



# PES

SOCIALISTS &  
DEMOCRATS



Austria SPÖ



Belgium PS



Belgium Vooruit



Bulgaria BSP



Croatia SDP



Cyprus EDEK



Czech Republic  
CSSD



Denmark SD



Estonia SDE



Finland SDP



France PS



Germany SPD



Greece PASOK



Hungary MSZP



Ireland Labour



Italy PD  
Partito Democratico



Italy PSI  
Partito Socialista Italiano



Latvia Saskaņa



Lithuania LSDP



Luxembourg  
LSAP



Malta Labour



Netherlands  
PvdA



N. Ireland SDLP



Norway LP



Poland SLD



Portugal PS



Romania PSD



Slovakia SMER



Slovenia SD



Spain PSOE



Sweden SAP



UK Labour

Follow us on

[www.pes.eu](http://www.pes.eu)

[www.facebook.com/pes.pse](https://www.facebook.com/pes.pse)

[www.twitter.com/pes\\_pse](https://www.twitter.com/pes_pse)

[www.instagram.com/pes\\_pse](https://www.instagram.com/pes_pse)

**Party of European Socialists (PES)**

**10-12 Rue Guimard**

**1040 Brussels**

**Belgium**

**T +32 2 548 90 80**

**[info@pes.eu](mailto:info@pes.eu)**

This publication received financial support of the European Parliament. Sole liability rests with the author and the European Parliament is not responsible for any use that may be made of the information contained therein.

Málaga, 10 November 2023

AISSL-BBCE-N 0897.208-032